

Wolffsche Arbeiter-Zeitung

Jeder Betrieb sammelt für die Antifaschistische Aktion!

Er scheint 100...
Brotentlohn = 2...
monatlich 2,15...
abgegeben...
sammeln...
meter...
Saupterpedition...
in den... am... bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der SPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 43902. Postfachkonto: Breslau Str. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorderhaus). Fernsprecher 43902. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — **Verlagsstand:** Breslau. — **Verlag:** Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 43902.

Es geht auch in Schlesien los

Fünf weitere Textilbetriebe im Streit

Neue Streikfliege gegen Lohnabbau — Schiebt alle Saboteure der Einheitsaktion beiseite! — Gemeinsamer Hunger erfordert gemeinsamen Kampf!

Landeshut, 27. September. Die Direktion der Ostdeutschen Textilwerke hat am Freitag vergangener Woche durch einen Anschlag am schwarzen Brett der Belegschaft einen Lohnabbau von 20 Prozent angekündigt. Auf Grund dessen versammelten sich alle Arbeiter vor dem Fabrikgebäude. Es wurde daraufhin eine Belegschaftsversammlung einberufen, in der der Beschluß gefaßt wurde, sofort in passive Resistenz zu treten. Die Direktion hat daraufhin durch einen Anschlag die Belegschaft zur Arbeitsaufnahme bis mittag 1 Uhr aufgefordert, und bei Nichtdurchführung dieser Aufforderung sei die gesamte Belegschaft entlassen. Daraufhin wurde um 1 Uhr nochmals eine Belegschaftsversammlung einberufen, in der einmütig die Fortsetzung des Streiks beschlossen wurde.

Nach die nationalsozialistischen Arbeiter stehen in der Streikfront. Die Belegschaft hatte geschlossen den Betrieb verlassen. Die N.S.D. wird sofort die Hilfsaktion in die Wege leiten.

Reichenbach, 27. September. Als die Arbeiter der Firma Hain gestern morgen in den Betrieb kamen, war am schwarzen Brett ein Anschlag, wo der Unternehmer einen 12 1/2 prozentigen Lohnabbau ankündigte. Die Arbeiter traten sofort in passive Resistenz und verlangten die sofortige Einberufung einer Betriebsversammlung, in welcher gegen acht Stimmen der Beschluß gefaßt wurde, daß Lohnabbau mit allen Mitteln abzuwehren. Auch hier kündigte der Unternehmer bei Nichtaufnahme der Arbeit die sofortige Entlassung aller Belegschaftsmitglieder an. Die Belegschaft — 88 Arbeiter — hat diese Drohung mit der geschlossenen Aufnahme des Streiks beantwortet. Diesem Beispiel folgten auch die Arbeiter der Firma Cohn; hier war ein Abzug von 12 1/2 Prozent vom Gesamtlohn vorgezogen. Auch hier wurde in einer Belegschaftsversammlung, die am gestrigen Tage stattfand, einstimmig der Streik beschlossen. Die Belegschaft zählt 300 Mann.

Reichenbach, 27. September. Die Belegschaften der Textilbetriebe Wehl u. Kaufmann und Fleischer sind ebenfalls in den Streik getreten. Der erste Betrieb zählt 200 Mann, der letztere 80 Mann Belegschaft.

Mengersdorf, Kreis Olag, 27. September. Die Belegschaft des hiesigen Meyer Kaufmann-Betriebes ist am Montag früh geschlossen in passive Resistenz getreten. Die Belegschaft beträgt hier 150 Mann. Der Unternehmer will hier die Hungerlöhne um 6,6 Prozent kürzen. Dieser Lohnabbau gilt für den Gesamtlohn, und zwar für die ersten dreißig Stunden; von der 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde sollen die Löhne sogar um 30 Prozent gesenkt werden.

Diese Bekanntmachung hat unter der Belegschaft einen Enttäuschungssturm hervorgerufen. Die N.S.D. hat sofort Flugblätter verbreitet, in denen sie die Kollegen ohne Unterschied der parteipolitischen und gewerkschaftlichen Einstellung zur Ausnahme des gemeinsamen Kampfes gegen jeden Lohnabbau aufforderte. Der Erfolg war, daß die Belegschaft einmütig die Arbeit niederlegte.

Am Sonnabend fand eine öffentliche Versammlung des Textilarbeiterverbandes statt, wo der Gewerkschaftssekretär Leuchtenberger immer und immer wieder versuchte, den Kampfeswillen zu erklären. Er empfahl der Belegschaft, sie solle abwarten, bis der Unternehmer sie aussperrt. Die Arbeiter aber verlangten sofortige Kampfmaßnahmen. Gestern abend hat eine von der N.S.D. einberufene Belegschaftsversammlung stattgefunden. In dieser Versammlung sollten die Arbeiter den Beschluß auf Streik fassen.

Wülfegiersdorf, 27. September. Die Belegschaft des unteren Betriebes der Firma Meyer Kaufmann ist am Montag früh nach der Frühstundepause in den Streik getreten.

Dem künftigen Beispiel der Belegschaft von Meyer Kaufmann in Langenbielau, in welchem Morgen eine Reihe weiterer Textilbetriebe in den Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau getreten. Das Vorhaben der Meyer Kaufmann-Gewaltigen, die Ware aus dem Langenbielauer Werk in den nichtbestreikten Betriebe und zwar in Wülfegiersdorf, Remersdorf und Tannhausen zu verarbeiten, ist zum Teil durchkreuzt worden. Die Belegschaft des obersten Betriebes von Meyer Kaufmann in Wülfegiersdorf darf sich keineswegs noch weiter zu Streikmaßnahmen mißbrauchen lassen. Auch für sie steht die Frage der aktiven Solidarität für ihre kämpfenden Kollegen und Kolleginnen, auch sie muß begreifen, daß je breiter und geschlossener die Streikfront, je schneller der Sieg über die Lohnräuberischen Unternehmer.

Die ungeheure Stundslage der deutschen Textilarbeiter hat auch der Statistiker **Neumann** festgehalten. Er hat die Lohn- und Arbeitsverhältnisse untersucht und dabei errechnet, daß nach dem letzten

Lohnabbau der Lohn der Textilproleten um 150 Prozent erhöht werden müßte, um die nach dem amtlichen Index als notwendig bezeichneten Lebensmittel zu kaufen.

Der nachstehende Lohnbeutel eines verheirateten Textilarbeiters mit zwei Kindern, beschäftigt bei den Ostdeutschen Textilwerken in Landeshut, zeigt, wie hundsmiserabel die Löhne in der Textilindustrie sind:

Name: Gustav L. (verh. 2 Kinder).	
Verdienter Wochenlohn	11,60 M.
Abzüge:	
Arbeitslosenhilfe	0,21 M.
Krankentasse	0,42 "
Arbeitslosen-Versich.	0,46 "
Invalidenversch.	0,30 " = 1,39 "
Auszuzahlender Wochenlohn	10,20 M.

Diese vierköpfige Familie muß mit einem Wochenlohn von 10,20 Mark ihren Lebensunterhalt fristen, muß sich hieron befeiden und die Miete bezahlen. Wenn der Textilprolet mit der Miete im Rückstand bleibt, wird er brutal auf die Straße gesetzt. Diese kapitalistische „Ordnung“ hat dann für ihn ausrangierte Eisenbahnwagen als Wohnung übrig. Die Kinder dieses Textilproleten bekommen bei diesem Hungerlohn Fleisch und Milch nicht mehr zu sehen.

Die Verbreiterung der Streikfront gegen Lohnabbau zeigt, daß auch die Textilproleten immer mehr begreifen, daß man nur mit den Waffen des revolutionären Klassenkampfes die Angriffe der Unternehmer siegreich abwehren kann. Die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer, die seit Jahr und Tag die Interessen der Arbeiterschaft an die Unternehmer verraten haben und jetzt merken, daß die Arbeiterschaft nicht mehr bereit ist, ihren verbrecherischen Parolen zu folgen, versuchen jetzt mit besonders radikalen Schwärzereien und Betrugsmanövern die Arbeiter von der Aufnahme des Streikkampfes auf der ganzen Front zu hindern. Die Gewer-

schaftsbürokraten funktionieren Teilstreiks nur unter dem Druck der Massen; aber ihre Streikstrategie muß zur Niederlage führen, wenn sie von der Arbeiterschaft nicht durchkreuzt wird.

Die am 17. September in Breslau abgehaltene Konferenz der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften hat in einer Entschließung festgelegt, mit allen zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln den geplanten Lohnabbau abzuwehren. Dieser Beschluß der Konferenz wird von der Bürokratie sabotiert. Obwohl zum 30. September alle Lohnstarke in der schlesischen Textilindustrie von den Unternehmern gefündigt worden sind, unternehmen die Gewerkschaften nichts, um alle Belegschaften in der schlesischen Textilindustrie zum Streik zu mobilisieren. Der Gewerkschaftsführer Leuchtenberger hat vorige Woche in einer Versammlung in Langenbielau unter anderem folgendes erklärt: „Kein Zehntel Pfennig darf mehr abgezogen werden. Ob eine friedliche Lösung auf dem Verhandlungswege zu erwarten ist, steht dahin. Jedenfalls muß die Arbeiterschaft gewappnet sein. Es kann ein Kampf entbrennen, wie ihn Schlesiens Textilarbeiter noch nicht gekannt hat. Die Gewerkschaften stehen bereit, diesen Kampf zu führen.“

Die schlesischen Textilarbeiter haben es allein in der Hand, jede Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. Die Gewerkschaftsführer sind nicht bereit, diesen Kampf zu führen. Sie von den Bürokraten des D.V.V. in Schien getroffene freie Lohnabbauvereinbarung mit den Textilbaronen ist der beste Beweis dafür, daß das radikale Geschwätz der Leuchtenberger u. Co. nur neue Betrugsmanöver sind. Die Textilarbeiter müssen die Führung des Kampfes in ihre eigenen Hände nehmen, weil das die beste Gewähr für einen schnellen Kampfsieg über die Unternehmer ist. Wählt eure besten und aktivsten Kollegen, denen ihr euer Vertrauen im Kampfe gegen die Kapitalisten entgegenbringt, in die Streikleitungen. Schiebt alle Spalter und Saboteure der kämpfenden Einheitsfront beiseite! Es geht um unsere Familien, um unsere Kinder!

Der gemeinsame Hunger erfordert den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter!

Durch zweistündige Streikaktion Lohnabbau abgewehrt

Jungarbeiter von Oppeln treten gegen den Lohnabbau geschlossen in den Streik — Unternehmer kapituliert nach zweistündigem Streik der Jungarbeiter und zahlt die vollen Löhne aus

Oppeln, 26. September. Der Arbeitsnachweis von Oppeln vermittelt Jungarbeiter für den freiwilligen Arbeitsdienst. Zurzeit wird in Oppeln (Stadtteil Sakrau) eine Bautätigkeit entfaltet. Zu den Bauarbeiten hat man Jungarbeiter für den freiwilligen Arbeitsdienst angeworben, und zwar wurde ihnen der Lohn von 12 Mark wöchentlich versprochen. Nachdem nun genügend Arbeitswillige vorhanden waren, ging man dazu über, den Lohn von 12 Mark auf 9 Mark herabzusetzen.

Am Sonnabend, dem 24. September, traten die Jungarbeiter gegen die Lohnsenkung geschlossen in den Streik und forderten die sofortige Rücknahme des Lohnabbaus. Nach einem zweistündigen Streik der Jungarbeiter kapitulierten der Bauarbeiter und zahlte den alten Lohn weiter.

Hier waren es Jungarbeiter, die durch ihr geschlossenes Auftreten durch einen zweistündigen Streik den Lohnabbau abwehrten. Über die Jungarbeiter, die hier im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt werden, sollen als Lohnrücker auftreten, denn sie machen

die gleichen Arbeiten wie die älteren Bauarbeiter, die man absichtlich nicht einstellt, weil man glaubt, durch den freiwilligen Arbeitsdienst billigere Arbeitskräfte zu bekommen. Gemeinsam mit der älteren Bauarbeiterschaft müssen die Jungarbeiter vorstoßen mit der Forderung: Tarifliche Bezahlung für die Bauarbeiten, die durch die Jungarbeiter im Arbeitsdienst ausgeführt werden! „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ muß die Losung der Jungarbeiter sein.

Gemeinsam müssen die Jungarbeiter mit den älteren Arbeitern den Kampf gegen die falsche Arbeitsdienstpflicht aufnehmen und für dessen Beseitigung kämpfen. Arbeit mit ausreichenden und tariflichen Löhnen muß die Losung der Gesamtarbeiterschaft sein. Jungarbeiter! Einem in den kommunistischen Jugendverband und die N.S.D.-Jugend zum Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht, der verschärften Ausbeutung und Unterdrückung der Jungarbeiter.

Der siegreiche zweistündige geschlossene Streik gegen den beabsichtigten Lohnabbau hat auch den Jungarbeitern gezeigt, daß der Erfolg nicht ausbleibt, wenn in einheitlicher Kampffront vorgegangen wird.

Leipziger Naziführer befehlen Streikbruch

Seit dem 21. September steht die Belegschaft der Seifenfabrik Steinbach in Leipzig im Streik. Erst vor kurzem war in diesem Betrieb der Lohn abgebaut worden. Am 10. September verkündete die Direktion einen neuen Lohnabbau, verbunden mit Arbeitszeitverkürzung. Darauf legte die Belegschaft geschlossen die Arbeit nieder.

Allein 12 Nazis, die mit Hilfe des Stedemeyers und E. Sturmführers Wid und des Betriebsleiters und Nazis Keib in den Betrieb gelangt waren, nahmen die Arbeit auf. Auf Befragen erhielten sie

von der Naziführung den Befehl, nicht zu streiken, sondern weiterzuarbeiten!

Bei der Werbung von Streikbrechern unter den Erwerbslosen hat die Firma jedoch kein Glück. Die Arbeitslosen helfen im Gegenteil den Streikenden beim Streikpostenstehen. Groß ist die Sympathie für die Streikenden bei den Geschäftsleuten und der sonstigen Einwohnererschaft. Die Stimmung unter den Streikenden ist gut, obwohl ihnen die Firma am 23. September die Kündigung ausstellte, „wegen fortgesetzter Arbeitsverweigerung“. Sie sind gewillt, auszuhalten bis zum Ende und den von der Firma geplanten Anschlag abzuwehren.

Neue Streiks im Reich

Die Maschinisten und Hilfsarbeiter der Firma Gule in Kottbus, Landkreis der „Kauflager-Verwaltung“, sind am 21. September in den Streik getreten. Durch Anhebung hatte die Betriebsleitung einen 20prozentigen Lohnabbau diktiert, der bereits bei der Lohnzahlung am 23. September vorgenommen wurde. Es fand darauf eine Streikversammlung statt, in der die Mehrheit für den Streik stimmte. Es auf zwei Streiktreiber, wovon der eine ein Nazi ist, steht die gesamte Belegschaft im Streik.

Erfurt, 27. September. (Eig. Drahtber.) In Erfurt ist die Belegschaft der Firma Ebel, Metallwarenfabrik, gegen Lohnabbau in den Streik getreten. Die Belegschaft ist 175 Mann stark.

Die Belegschaft der Metallwarenfabrik Fritz Niehl ist gegen einen Lohnabbau in den Streik getreten.

Streikbeschluss gegen Abkommen zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsführern

Hamburg, 26. September. (Eig. Drahtber.) Die reformistischen Gewerkschaftsführer in Hamburg-Wilhelmsburg hatten mit der Firma

Hobler & Dierck, ohne sich um die Belegschaft zu kümmern, ein Abkommen getroffen, wonach die Firma die Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich herabsetzen kann. Bei der am Sonntagmorgen stattgefundenen Betriebsversammlung nahm die Belegschaft zu diesem Plan Stellung. Einmütig wurde diese Abmachung der Gewerkschaftsleitung abgelehnt. Eine Resolution, die zu diesem Streikbeschluss Stellung nahm, wurde einstimmig angenommen.

Landarbeiter auf dem Gut Bismarcks im Streik

Hamburg, 26. September. (Eig. Drahtber.) Die Landarbeiter auf dem Gute des Fürsten Otto von Bismarck, Schönau b. Friedrichsruh, traten am Sonnabend in den Streik. Der Fürst Otto von Bismarck bzw. die Verwaltung des Gutes besah die Unzufriedenheit, die in der augenblicklichen Kartoffelbuddelzeit vorgenommenen Neueinstellungen als Grund zur Herabsetzung des Lohnes nach der Papen-Notverordnung zu benutzen. Nach dem von Bismarck diktierten Lohn sollten die Arbeiter jetzt 1 Mark für 10 Stunden Tagesarbeit erhalten. Die wertvolle Bevölkerung steht geschlossen auf Seiten der Streikenden.

Neue Kampfsiege in Berlin

Berlin, 27. September. (Eig. Drahtbericht.) Der Streik der Belegschaft der Spinnstofffabrik Berlin-Zehlendorf, endete mit einem vollen Erfolg. Die Direktion zog das Lohnabbauangebot zurück.

Berlin, 27. September. (Eig. Drahtbericht.) Der Hilfsarbeiterstreik in der Großdruckerei Dessner ist mit Erfolg beendet worden. Die Firma zahlt die vor dem 17. September 1932 bestandenen Löhne an die Hilfsarbeiter weiter und nennt dieses Zugeständnis „übertarifliche Zulage“. Die Streikenden wurden alle wieder eingestellt. Die Stimmung der streikenden Hilfsarbeiter, die Solidarität der übrigen Belegschaften, aber besonders die der erwerbslosen graphischen Arbeiter Berlins, war während des Streiks glänzend. Die Arbeitslosen ließen sich nicht zu Streikbrechern und Lohndrückeren benutzen. Es muß festgestellt werden, daß die Berliner Buchdruckereibesitzer schon jetzt die wachsende Kampfkraft der Kollegenchaft fürchten.

Die Geschäftsleitung der Großdruckerei Maurer u. Dimmid, erklärte, weil in ihrem Betrieb unter den Hilfsarbeitern Streikstimmung herrscht, die alten Löhne bis zum 17. Oktober 1932 weiter zu zahlen.

In der Großdruckerei Voss wurde nach Verhandlungen mit dem Arbeiterrat seitens der Geschäftsleitung erklärt, daß der Lohnabbau-Schiedspruch nur zu 50 Prozent durchgeführt wird. Auch gegen diesen Kompromiß gab es in der Hilfsarbeiterschaft eine starke Opposition. Mit 30 gegen 26 wurde dem Abkommen von der Hilfs-

arbeiterschaft zugestimmt. Das erfolgreiche Ende des Hilfsarbeiterstreiks bei Dessner zeigt allen Belegschaften, besonders aber den Hilfsarbeitern, wie erfolgreich gegen jeden Pfennig Lohnabbau gekämpft werden kann und muß.

Pflichtarbeiterstreik im Rheinland

In Cornelimünster, Bezirk Maastricht, sind am 19. September die Pflichtarbeiter in Stärke von 60 Mann in den Streik getreten. Sie stellen folgende Forderungen:

1. Der Unterfügungsraub von 10 Prozent wird rückgängig gemacht.
2. Die Pflichtarbeit wird eingestellt, die Arbeiten müssen zu Tariflohn inversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen durchgeführt werden.

Der vor wenigen Wochen gebildete Einheitsausschuß, der sich aus fünf christlichen, zwei unorganisierten und zwei kommunistischen Arbeitern zusammensetzt, konstituierte sich als Streikleitung. Die streikenden Pflichtarbeiter begaben sich am frühen Morgen zum Rathaus, das sie bis gegen Mittag belagerten. Die Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen.

Die Pflichtarbeiter setzten sich mit den Pflichtarbeitern in den umliegenden Orten in Verbindung, um sie ebenfalls zur Aufnahme des Streiks zu veranlassen.

An alle Werktätigen der NSDAP.

Du bist gegen die Kapitalsdiktatur! Warum kämpfst du dann nicht mit deinen Arbeitskollegen im Betrieb und Büro gegen Lohn- und Gehaltsabbau und gegen Notverordnungen? Ist nicht die Papen-Notverordnung der schlimmste Tributplan der deutschen Kapitalisten gegen das arbeitende Volk Deutschlands? Ist es denn nicht notwendig, daß das arbeitende Volk gemeinsam gegen seine Ausbeuter kämpft?

Aber was tut die NSDAP? Sie gibt dem Preussischen Landtag feierliche Erklärungen über die Pflicht zur Durchführung der Papen-Notverordnungen. Sie stimmt gegen die Auflösung des Preussischen Landtages und erklärt sich damit für die Fortsetzung des Reichstags. Während die Unternehmer den Lohnabbau diktiert, preicht die NSDAP auf Befehl des Großkapitals aus ihrem Programm den folgenden entscheidenden Satz:

„Der wahre Unternehmer muß mit den Preisen an die unterste Grenze gehen, muß seine Arbeiter gut entlohnen.“

Die NSDAP ist also gegen eine gute Entlohnung der Arbeiter. Deshalb leistet die NSDAP bestmöglichst Streikbrecherei in Eichthüt, deshalb stellt sie sich auf die Seite der Großgrundbesitzer gegen die Landarbeiter, die gegen Lohnabbau kämpfen.

Erst hat die NSDAP in treuer Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie die Papen-Regierung in den Sattel gehoben, und jetzt anerkennt sie gemeinsam alle volksfeindlichen Maßnahmen der Regierung des Großkapitals und der Großagrarier. Selbst Soebels bestatigte das, als er sagte:

„Auf unserem breiten Rücken sind die feinen Herren behende in die Amtlichkeit geklettert.“

Du bist gegen die Papen-Regierung! Du glaubst den Versprechungen Hitlers, daß am 31. Juli die entscheidende Schlacht geschlagen werden würde. Was sagst du dazu, daß die NSDAP jetzt, wie jede andere Partei des kapitalistischen Systems, demütige Briefe an Hindenburg schreibt, zum Staatsgerichtshof hinkt und im übrigen ihr ganze Politik auf den Schacher mit den „System-Parteien“ konzentriert? Erst verbündet sich die NSDAP mit Hugenberg, dann arbeitet sie mit Papen zusammen und half ihm die Hunger-Notverordnungen vorbereiten und dann lüthandelte sie mit den Zentrumsbrüdern.

Glaubst du, daß jemals mit dem Millionär Hugenberg, oder mit Herrn Papen, oder mit den Schwerindustriellen und Großagrarier von der Zentrumsparlei, oder mit den wilhelminischen Fürsten und Großbesessenen Arbeiterinteressen vertreten werden können? Niemals!

Schon heute entpuppt sich Hitlers Rede über die „Entscheidungschlacht“ und die „Machtübernahme durch Hitler“ als der größte Massenbetrug. Denn in Deutschland herrschen weiter die Besitzer der Fabriken, der Banken und des Grund und Bodens. Aber mit diesen ist Hitler verbündet, von ihnen wird er finanziert, auf ihre Forderungen unterliegt die NSDAP. Herr Papen und gibt feierliche Erklärungen im Preussischen Landtag ab, daß die Papen-Notverordnungen durchgeführt werden müssen. Wer — wie Hitler — ausdrücklich das großkapitalistische Privateigentum anerkennt, der wird immer ein Knecht des Großkapitals sein. Die Befreiung des arbeitenden Volkes ist nur möglich, wenn das Großkapital enteignet wird, die Fabriken und die Banken, der Grund und Boden in die Hände des arbeitenden Volkes kommen.

Du bist gegen die Versaillescher Knechtschaft! Dann kämpfe mit uns gegen jene Steuern, die im Interesse der Tributzahlungen an das internationale Finanzkapital von den Werktätigen eingetrieben werden. Die Einnahmen aus den Kopfsteuern, Beschäftigungssteuern, den hohen Zöllen usw. werden zum großen Teil zur Zinszahlung an das internationale Finanzkapital benutzt.

Aber die NSDAP tritt für diese Steuern ein. In den Ländern, wo sie die Regierung in den Händen haben, sind die nationalsozialistischen Minister die Eintreiber der Tribute von den Werktätigen und handeln damit nach der Anweisung Hitlers, der sich zur pünktlichen Zinszahlung an das internationale Finanzkapital ausdrücklich verpflichtet hat.

Hitler erklärte im März 1932 in einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker:

„Ich werde keineswegs nun sofort alle Notverordnungen der Regierung Brüning rückgängig machen, und ich werde ebenso wenig sofort verkünden, daß nun der Vertrag von Versailles zerfallen werde.“

(„Berliner Börsenzeitung“, 13. März 1932.)

Anfang Dezember 1931 erklärte Hitler im Berliner Hotel Kaiserhof vor etwa 40 ausländischen Journalisten:

Bevorstehende Preissteigerung für Lebensmittel

Berlin, 27. September. (Eig. Drahtber.) Der Reichsernährungsminister der Papen-Regierung, Freiherr v. Braun, teilte am Montag in seiner Rede vor dem Bayerischen Landwirtschaftsrat in München die Beschlüsse der Reichsregierung über die Kontingentierung mit. Danach wird die Kontingentierung, d. h. die Einfuhrbeschränkung folgende landwirtschaftliche Produkte umfassen: Schlachtrinder, Eber, Schmalz, Butter, Käse, Kaffee, Tomaten, Zwiebeln, Erbsen, Reisabfälle, Karotten, wichtige Obstsorten, Graupen, Radieschnitzholz. Was bedeutet dieser Beschluß der Reichsregierung? Eber, Erbsen usw. werden kontingentiert, d. h. die Einfuhr dieser Lebensmittel aus dem Ausland wird bis auf einen geringen Teil verboten. Infolgedessen wird innerhalb Deutschlands das Angebot in diesen Lebensmitteln geringer und die Preise steigen.

Alle Meyer Kauffmann-Proleten müssen streiken gegen Lohnraub!

Meyer Kauffmann schließt Langenbielauer Wert

Da sich die Arbeiter weiter weigern, die auf Grund der Notverordnung über Neueinstellung von Arbeitern von dem Langenbielauer Wert der Textilfirma Meyer Kauffmann vorgenommene Lohnkürzung von 23 Prozent anzuerkennen und streiken, hat die Firma den Betrieb des betreffenden Wertes geschlossen. Die streikenden 270 Arbeiter werden als entlassen angesehen. Der Betrieb soll sofort wieder geöffnet werden, wenn die gesetzlichen Bestimmungen der Notverordnung anerkannt werden.

Die Belegschaft von Meyer Kauffmann in Langenbielau befindet

Mobilmachung aller Arbeiterkorrespondenten

Die Genossen Arbeiterkorrespondenten, vor allem die in den Betrieben, müssen ihre Arbeit verstärken. Ueber die Streikämpfe der schlesischen Metallarbeiter und Textilproleten ist der Redaktion laufend zu berichten. Gleichfalls muß über die Verhandlungen vor den Sondergerichten schnellstens berichtet werden.

Nur mit eurer Mitarbeit wird unsere Zeitung ein kollektiver Organisator der Massenkämpfe der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen gegen die faschistische Hungerdiktatur!

„Die Nationalsozialisten werden alle Privatschulden an das Ausland anerkennen.“

NSDAP-Arbeiter! Glaubst nicht etwa, daß die Aufrüstung dem Kampf gegen das Versaillesche System dient. Die Aufrüstung, wie sie von der Papen-Regierung und von Hitler vertreten wird, dient nur den Interessen der Schwerindustrie, der Kanonenkönige und Chemiegewaltigen. Diese „deutschen“ Ausbeuter reden von nationaler Freiheit, aber sie sind verbündet mit der Schwerindustrie und dem Chemiekapitalisten Frankreichs, Englands und Amerikas. Das arbeitende Volk soll die Aufrüstungen bezahlen, damit die Börsenkurse dieser Klasse steigen.

Wer gegen die Versaillescher Knechtschaft ist, der muß auch gegen den Pakt von Lausanne kämpfen. Papen hat dort mit den Vertretern der Tributmächte die Zahlung von 467,5 Millionen Mark jährlich vereinbart, wozu noch 1600 Millionen Mark Tribute an die Privatbankhäuser kommen. Hitler hat sich für diesen Tributpakt erklärt, obwohl diese geringeren Tributzahlungen in der gegenwärtigen Zeit der verschärften Krise schwerer zu tragen sind als höhere Summen in früheren Jahren.

Diese Tatsachen beweisen aufs neue, daß der Kampf gegen die Unterdrückung und Ausplünderung Deutschlands durch das internationale Finanzkapital und das Versaillesche System nur vom arbeitenden Volk selbst geführt werden kann, und zwar nur gegen die kapitalistische Volksausplünderung im eigenen Land; Deshalb gehört auch du in die kämpfende Front der Arbeiter und werktätigen Bauern, gegen Notverordnungen und Kapitalsherrschaft.

Kampf dem kapitalistischen System der Volksausplünderung! Schluß mit der Herrschaft der Millionäre und Kuponsabschneider!

Arbeitendes Volk, marschiere in einer Front gegen deine Ausbeuter!

Her zur Einheitsfrontaktion gegen faschistische Notverordnungen und Papen-Regierung!

Alle Macht in die Hände der Arbeiterklasse!

Für die Arbeiter- und Bauern-Regierung!

Für den Sozialismus!

Belegschaft Kantorowicz protestiert gegen Papen-Notverordnung

Breslau, 27. September. Die Belegschaft der Firma Kantorowicz & Co. hat folgende Protestentscheidung angenommen:

„Wir protestieren gegen die Notverordnung vom 4. September 1932 und werden gegen die Angriffe auf unsere Arbeiterrechte den schärfsten Kampf führen.“



„Kommunistisches Sprengstofflager“

Rothenburg O.L., 26. September. In den vergangenen Tagen hat die Polizei bei Petershain ein Sprengstoff- und Munitionslager entdeckt. Obwohl keine Beweise vorliegen, behauptet die hiesige Presse ganz falsch, daß das ein „kommunistisches“ Sprengstofflager sei. Diese Behauptung ist zu durchsichtig, als daß sie von den Massen nicht begriffen würde.

Der Angriff

muß den Klassenfeind an der empfindlichsten Stelle, d. h. am Lebensnerv, dem Betrieb treffen. Die Betriebsarbeiter warten auf uns. Dafür gibt es genügend Beispiele. In den letzten zwei Tagen hat ein Genosse in einem Breslauer Betrieb

20 Stück Potempa-Broschüren

verkauft. Der Literaturvertrieb ist das beste Mittel, auch den letzten Betriebsarbeiter zu mobilisieren und zur Einheitsfrontaktion und somit zu entscheidenden Kämpfen zu führen.

Abrechnungstag

Ist für alle Genossen der Dienstag jeder Woche. Der Litobmann hat das Geld sofort an die Kasse in Breslau abzuliefern.

Ueberwältigender kommunistischer Wahlsieg in Sofia

Weit aus die Mehrheit aller Mandate

Sofia, 26. September. Die Gemeinderatswahlen, die am Sonntag stattfanden, erbrachten einen neuen bedeutsamen Sieg der Kommunisten. Im Stadtrat von Sofia erhielten die Kommunisten mit 21 von 35 Sitzen die Mehrheit, der Regierungsblock der Bauern und Demokraten erlangte elf, die Rechtsopposition Zankoff drei Mandate.

Regierungskrise in England

London, 26. September. Die „nationale Regierung“ Macdonalds befindet sich in Auflösung. Am Freitag legte der Finanzminister Snowden sein Amt nieder und zwang dadurch auch die liberalen Minister Herbert Samuel und Archibald Sinclair zum Rücktritt.

Die Ursachen des Rücktritts bestehen in tiefgehenden Differenzen innerhalb der englischen Bourgeoisie über die Schutzpolitik der Regierung, insbesondere wehren sich die Liberalen dagegen, daß durch Ottawa eine neue Ära von Zollkriegen beginnt. Durch diese Schutzzölle wird ein Teil der exportierenden Fertigwarenindustrie geschädigt.

Außerdem jedoch spielen bei dem Rücktritt der liberalen Minister die große Erbitterung, die unter den breitesten Volksmassen gegen die kapitalistische Politik der Macdonald-Regierung herrscht, eine große Rolle. Bei einigen Erbschaftswahlen hat die Regierung schon schwere Niederlagen erlitten.

Hungerstreik 200 proletarischer Gefangener in Italien

An der italienischen Grenze, 26. September. In dem Zuchthaus von Civitavecchia sind 200 dort gefangengehaltene Genossen, darunter auch die Genossen Terracini, Di Causi, Pianezza, Damen, Sanna u. a. in den Hungerstreik getreten.

Die faschistische Regierung hat gegen zahlreiche kommunistische Gefangene ein neues Verfahren auf Grund der phantastischen Anklage eingeleitet, in den Gefängnissen die kommunistische Partei reorganisiert zu haben. Die wegen dieses „Komplottes“ zur Verantwortung gezogenen Genossen wurden alle aus den verschiedenen Zuchthäusern in das Spezialzuchthaus von Civitavecchia gebracht, wo sie eine dreimonatige Einzelhaft abmachen müssen. Diese Einzelhaft bedeutet die Verurteilung zu Wasser und Brot, den Entzug des täglichen Spaziergangs, absolutes Leseverbot und gleichzeitig wurde allen Gefangenen in den italienischen Straf-Anstalten das Recht genommen, Bücher und Zeitungen irgendwelcher Art, selbst faschistische Zeitungen, zu lesen.

Die Handelsflotte im sozialistischen Aufbau

Die Seehandelsflotte der Sowjetunion wird im Jahre 1932 um zahlreiche große Handelsschiffe bereichert. In Leningrad stehen zwei Motorschiffe von je 6400 Tonnen vor dem Stapellauf, für vier weitere Motorschiffe sind die Riele bereits gelegt. In diesem Jahre noch erfolgt der Stapellauf eines Tankdampfers von 10000 Bruttoregistertonnen, der auf der Martyr-Werft in Leningrad gebaut wird. Zwei Holztransportdampfer von je 5500 Bruttoregistertonnen stehen vor der Fertigstellung.

Somit zeigt sich auch auf dem Gebiete der Schifffahrt, daß, während in den kapitalistischen Ländern, insbesondere den Vereinigten Staaten, England und Deutschland, tausende Handelsschiffe in den Häfen leerstehen, die Flotte der Sowjetunion nicht nur voll ausgenutzt wird, sondern darüber hinaus alltäglich eine Vergrößerung erfährt. Daneben stehen zahlreiche ausländische Lastdampfer im Dienste des Handels der Sowjetunion.

Schändliches Lohnraubabkommen der englischen Gewerkschaftsbürokratie

Reformisten stimmen für 8,5 Prozent Lohnraub bei den Webern — Streikfront unerhöhet

London, 26. September. Die in Manchester tagende Konferenz der Unternehmer und Gewerkschaftsführer unter dem Vorsitz eines Regierungsvertreters hat nun in den hauptsächlichsten Fragen zu einer Einigung der reformistischen Bürokraten und der Legitimitätsübergeordneten. Die Gewerkschaftsbürokraten haben einem Lohnraub von 8,5 Prozent freiwillig zugestimmt. Ferner haben sie auch in der Frage des Mehrwertsystems einem Unternehmervorschlag die Zustimmung erteilt, der vorsieht, daß eine sogenannte „überparteiliche Kommission“, die natürlich von den Unternehmern und von der Regierung beherrscht wird, in jedem Falle entscheidet, ob die Weber mehr Werkstücke als bisher zu bedienen haben. Die Verhandlungen gehen noch weiter, da die Frage der Wiedereinstellung der gemäßigten Streikenden noch behandelt wird.

Die Zustimmung der englischen Gewerkschaftsführer zu den Lohnraubforderungen der Unternehmer beleuchtet bligartig die Rolle dieser Verräter. Das Lohnraubabkommen von Manchester ist um so ungeheurer, als die Streikfront unerhöhet ist und die Weber in zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen immer wieder ihren Willen zum Ausdruck gebracht haben, keinen Pfennig Lohnraub und kein Mehrwertsystem hinzunehmen. Die Lage für die Streikenden ist außerordentlich günstig, da die bürgerliche Presse bereits melden muß, daß den Unternehmern zahlreiche Aufträge infolge des Streiks verloren gehen. Das Solidaritätskomitee hat an die Weber einen Aufruf gerichtet, sich unverzüglich in allen Betrieben eigene Streikführungen zu schaffen, und dem reformistischen Streikbruchabkommen erbitterten Widerstand entgegenzusetzen.

Genfer Räuberbund für Japan

Japans Antrag auf Vertagung des Lyttonberichts angenommen

Genf, 26. September. In der Sonnabendtagung des Völkerbundes wurde der Antrag des japanischen Imperialismus auf schwebende Vertagung der Berichterstattung des Lytton-Berichts behandelt. Die japanische Regierung verlangt, daß der Völkerbundrat sich nicht eher mit dem Lytton-Bericht befaßt, als bis eine Stellungnahme der japanischen Regierung vorliegt und ein Sondervertreter Japans nach Genf entsandt worden ist.

De Valera, als Präsident der Tagung, kritisierte, daß Japan einer Entscheidung des Völkerbundes durch seine Anerkennung der Mandchurei vorgegriffen habe, im übrigen aber betonte er, daß der Völkerbundrat nicht umhin könne, dem Vertagungsantrag Japans zuzustimmen.

Der Vertreter der Kuomintang-Regierung erhob Protest gegen eine Vertagung, die jedoch vom Rat dann trotzdem beschlossen wurde. Am 14. November erst wird eine außerordentliche Tagung zur Prüfung des Lytton-Berichts zusammentreten.

Dieser Beschluß des Völkerbundes beweist aufs neue, daß der Völkerbund alle blutigen Verbrechen des japanischen Imperialismus deckt und Japan in seinem Raubzug unterstützt. Der Lytton-Bericht selbst, der bisher noch nicht veröffentlicht wurde, sucht, wie aus den bisherigen Andeutungen hervorgeht, ein Kompromiß zwischen den übrigen imperialistischen Mächten und Japan über die Aufteilung Chinas zu finden. So wird bekanntlich in diesem Bericht ausdrücklich betont, daß „die japanischen Interessen durch die Situation in China aufs schwerste geschädigt sind“.

Der Vertagungsbeschluß des Völkerbundes ist nicht zum

wenigsten auch diktiert von der Notwendigkeit, in den nächsten Wochen die imperialistischen Fronten in der Mandchureifrage auszurichten. Die Vereinigten Staaten, an die sich Frankreich um Unterstützung für das Versaillesystem wendet, wollen diese Unterstützung von der Haltung Frankreichs in der Mandchureifrage abhängig machen. Gleichzeitig legt der französische Imperialismus auf engere Beziehungen mit den Vereinigten Staaten schon deshalb großen Wert, weil es damit England stets unter Druck halten will. Der japanische Raubkrieg wirft deshalb alle Gegensätze unter den imperialistischen Mächten verhärtet auf, wobei sie sich alle darin einig sind, daß China aufgeteilt werden soll, jedoch jeder Imperialismus seine besonderen Räuberinteressen zu wahren versucht.

Das Proletariat weiß aus den Erfahrungen der letzten Monate zur Genüge, daß dem Willen der imperialistischen Kriegsverbrecher nicht in Genf Einhalt geboten wird, wo eben diese Räuber zusammensitzen, sich um die Verteilung der Beute zu streiten und eine neue Phase imperialistischer Kriege vorzubereiten. Das Proletariat weiß, daß es allein in seiner Macht liegt, das blutige Spiel der Imperialisten zu durchkreuzen.

Polnische Erdölarbeiter troben reformistischem Streikbruchabkommen

Krakau, 25. September. Das in Lemberg von den PPS-Gewerkschaftsbözen unterzeichnete Abkommen hat stürmische Enttäufung unter den streikenden Erdölarbeitern erregt. Gleich nach dem die Unterzeichnung des Abkommens durch die PPS-Leute und die Unternehmer bekannt wurde, wurde in Warschau eine Generalversammlung einberufen, an der 3000 Arbeiter teilnahmen. Nach der Berichterstattung eines sozialfaschistischen Delegierten beschloß die Versammlung einstimmig:

Ein Mißtrauensvotum für den aus PPS-Leuten bestehenden Streikausschuß, die Ablehnung der zehnprozentigen Lohnkürzung, die Aufrechterhaltung des alten Kollektivvertrages, die Ungültigkeitserklärung eines evtl. von den PPS-Leuten unterzeichneten neuen Abkommens, die Fortsetzung des Streiks, die Forderung nach Einführung einer vierten Schicht zwecks Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Japanisches Bombardement in Jehol

Peking, 26. September. Der japanische Feldzug gegen die nordchinesische Provinz Jehol wird fortgesetzt. Ein japanisches Flugzeuggeschwader hat die Hauptstadt der Provinz, Tschaojan, mit Bomben belegt, die eine verheerende Wirkung hatten. Hunderte von Zivilpersonen wurden getötet, ganze Stadtteile vernichtet.

Paul Csihajda's Kampf

Emil Madarász

Schluf

Gleich nach ihm erhob sich der Koch Mesweda; er litt an Asthma und mußte einen Husten unterdrücken. Er verteidigte Csihajda:

„Ob es nun eine Konterrevolution gibt oder nicht, ein roter Soldat kann ohne Munition nicht auskommen, denn, wenn er keine Patronen in der Tasche und keine Patronen im Kopfe hat, so ist der revolutionäre Klassenkampf keinen Lumpigen Großen wert!“

Er blickte alle herausfordernd an und setzte sich wieder auf seinen Platz.

Der tiefbeleidigte Albinesku hat wieder um das Wort, da sein Vorschlag offensichtlich mißverstanden worden war. Der Matrose Cutora kam ihm aber zuvor:

„Die Revolution war keine leichte Aufgabe, wir haben sie aber doch vollbracht. Man muß versuchen es so einzurichten, daß man kämpfen und auch gleichzeitig lernen kann. Csihajda hat vollständig recht!“

An der Diskussion beteiligten sich alle anwesenden Matrosen und der Streit dauerte solange, bis Csihajda selbst das Wort ergriff.

„Wir müssen zwei Fragen lösen. Erstens die Frage über die weitere marxistische Ausbildung des Genossen Csihajda. Ich bin der Meinung, daß seine Forderung vollkommen berechtigt ist. Genosse Kolompar, wenn Sie sprechen wollen, bitten Sie um das Wort! Zweitens über unser verwaistes Bataillon, das seinen Führer verloren hat.“

Er wurde immer erregter und fuhr fort:

„Selbst wenn ich mit dem Kopf gegen die Wand renne, finde ich keine richtige Lösung der ersten Frage. Was die zweite Frage betrifft, so bin ich der Meinung, daß unser Bataillon in diesen schweren Tagen nicht ohne Kommandeur bleiben kann. Wir müssen nach Budapest schreiben und ersuchen, Genossen Csihajda zum Bataillonskommandeur zu ernennen.“

Ein donnerndes Echo war die Antwort:

„Csihajda! ... Den Genossen Csihajda!“

Ohne lange zu zögern, wurde eine Redaktionskommission aus sechs Mann eingesetzt, die, nach sechsstündiger Arbeit, eine Eingabe an die Ungarische Sowjetregierung, an Genossen Bela Kuhn,

Sofort besorgen!

Genosse, diese Zeitschrift brauchst du zum Klassenkampf. Neu erschienen: Heft 7/8

Die Internationale

Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus.

Mit folgenden wichtigen Artikeln:

Ernst Thälmann: Die neue Etappe der Bolschewisierung der KPD. — Die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932. — Die Voraussetzungen unseres Wahlsieges. — Unser Durchbruch in der Anwendung der Einheitsfronttaktik. — Ein Erfolg unserer ideologischen Offensive. — Fortschritte im Kampf gegen Hitlerfaschismus. — Wo liegt die Hauptschwäche unserer Partei. — Die neue Etappe der Antifaschistischen Aktion. — Vor entscheidenden Kämpfen.

G. Henrykowski: Die Lehren der letzten Streikämpfe in Polen.

Wilhelm Florin: Fragen unserer Einheitspolitik.

Weitwirtschaft und Weltpolitik im 1. Halbjahr 1932. Der Stand der Weltwirtschaftskrise. — Der Einfluß der Krise auf die Struktur der Wirtschaft Deutschlands. — Die Verschärfung der Klassen- und imperialistischen Gegensätze und die Kriegsgefahr.

Jeder Parteiarbeiter liest und verbreitet

Die Internationale!

Sofort besorgen, ehe vergriffen! Einzelpreis 20 Pfennig

abjante. In ihr wurde darauf hingewiesen, daß Genosse Csihajda proletarischer Herkunft sei, sich verschiedentlich revolutionär betätigt habe, zuerst den Zustand in der Flotte und unlängst das Niederschlagen der Konterrevolution in Budapest mitgemacht habe.

Die Matrosen ersuchten:

1. Genossen Csihajda an Stelle des Genossen Bojati, der eines proletarischen Todes gestorben, zum Bataillonskommandeur zu ernennen.

2. Dem Genossen Csihajda, ebenso wie jedem roten Matrosen und jedem roten Soldaten, sofort nach dem endgültigen Sieg der Revolution, die Möglichkeit zu geben, sich marxistisch zu bilden.

Nachdem dieses Dokument dem ganzen Bataillon vorgelesen und einstimmig angenommen worden war, bestieg Csihajda den Katheder und sagte kurz und energisch:

„Genossen, ich übernehme bis auf weitere Anordnungen das Kommando.“

Bei der Niederlage am 30. Juli 1919 lagen die Ueberreste des Bataillons von Csihajda im Schützengraben an der Theiß und mußten sich gegen die zahlenmäßig viel stärkeren Rumänen verteidigen.

Csihajda hatte nur mehr ein Maschinengewehr und etwas über zwanzig Mann. Sie wurden von rechts und links immer enger vom Feinde umzingelt. Csihajda bediente das Maschinengewehr. Nachdem er den letzten Gurt verbraucht hatte, sagte er zu seinem Nachbar:

„Ueberrinnung die Infanterie, ich nehme die Kavallerie auf mich. Nach drei einzeln abgefeuerten Schüssen ging Csihajda zum planmäßigen Streufire über.“

Vier rumänische Reiter fielen zu Boden. Csihajda lachte laut auf. Er erinnerte sich aber plötzlich an die Schule und wurde ernst. Und während er mit ruhiger Hand die Beschädigung des Feindes fortsetzte, wurde er plötzlich wütend.

„Die Ware!“ „Der Preis!“ „Verfluchte imperialistische Ware!“ Eine Granate explodierte. Es sich der Rauch verzogen und der Staub gelegt hatte, lag der Kommandeur des Matrosenbataillons. Csihajda tot im Grabe.

Neue Streiks im Reiche

Die Buchdrucker und Hilfsarbeiter der Firma Cafe in Cottbus, Druckerei der „Mausier Landzeitung“, sind am 21. September in den Streik getreten. Durch Anschlag hatte die Betriebsleitung einen dreipromigen Lohnabbau bewirkt, der bereits bei der Lohnzahlung am 23. September vorgenommen wurde. Es fand darauf eine Streikversammlung statt, in der die Mehrheit für den Streik stimmte. Es auf zwei Streikbrecher, wovon der eine ein Nazi ist, hebt die gesamte Belegschaft im Streik.

Erfurt, 27. September. (Sig. Drahtber.) In Erfurt ist die Belegschaft der Firma Striefler, Metallwarenfabrik, gegen Lohnabbau in den Streik getreten. Die Belegschaft ist 175 Mann stark.

Die Belegschaft der Metallwarenfabrik Fritz Mehl in gegen einen Lohnabbau in den Streik getreten.

Streikbeschluss gegen Abkommen zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsführern

Hamburg, 26. September. (Sig. Drahtber.) Die reformistischen Gewerkschaftsführer in Hamburg-Wilhelmsburg hatten mit der Firma

Rebber & Theerl, ohne sich um die Möglichkeit zu kümmern, ein Abkommen getroffen, wonach die Firma die Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich herabsetzen kann. Bei der am Sonntagmorgen stattgefundenen Betriebsversammlung nahm die Belegschaft zu diesem Plan Stellung. Einmütig wurde diese Abmachung der Gewerkschaftsleitung abgelehnt. Eine Resolution, die zu diesem Streikbeschluss Stellung nahm, wurde einstimmig angenommen.

Landarbeiter auf dem Gut Bismards im Streik

Hamburg, 26. September. (Sig. Drahtber.) Die Landarbeiter auf dem Gute des Fürsten Otto von Bismard, Schönau b. Friedrichsruh, traten am Sonntagabend in den Streik. Der Fürst Otto von Bismard hat die Verwaltung des Gutes besetzt die Unversöhnlichkeit, die in der augenblicklichen Kartoffelbuddelzeit vorgenommenen Neueinstellungen als Grund zur Herabsetzung des Lohnes nach der Papen-Notverordnung zu benutzen. Nach dem von Bismard diktierten Lohn sollten die Arbeiter jetzt 1 Mark für 10 Stunden Tagesarbeit erhalten. Die werktätige Bevölkerung steht geschlossen auf Seiten der Streikenden.

Neue Kampfziele in Berlin

Berlin, 27. September. (Sig. Drahtbericht.) Der Streik der Belegschaft der Spinnstofffabrik Berlin-Zehlendorf, endete mit einem vollen Erfolg. Die Direktion zog das Lohnabbaudiktat zurück.

Berlin, 27. September. (Sig. Drahtbericht.) Der Hilfsarbeiterstreik in der Großdruckerei Vellner ist mit Erfolg beendet worden. Die Firma zahlt die vor dem 17. September 1932 bestandenen Löhne an die Hilfsarbeiter weiter und nennt dieses Zugeständnis „überarbeitsliche Zulage“. Die Streikenden wurden alle wieder eingestellt. Die Stimmung der streikenden Hilfsarbeiter, die Solidarität der übrigen Belegschaften, aber besonders die der erwerbslosen graphischen Arbeiter Berlins, war während des Streiks glänzend. Die Arbeitslosen ließen sich nicht zu Streikbrechern und Lohndrückern benutzen. Es muß festgestellt werden, daß die Berliner Buchdruckereibitzer schon jetzt die wachsende Kampfkraft der Kollegen fürchten.

Die Geschäftsleitung der Großdruckerei Maurer u. Dimmig, erklärte, weil in ihrem Betrieb unter den Hilfsarbeitern Streikstimmung herrscht, die alten Löhne bis zum 17. Oktober 1932 weiter zu zahlen.

In der Großdruckerei Voss wurde nach Verhandlungen mit dem Arbeiterrat seitens der Geschäftsleitung erklärt, daß der Lohnabbauschiedspruch nur zu 50 Prozent durchgeführt wird. Auch gegen diesen Kompromiß gab es in der Hilfsarbeiterschaft eine starke Opposition. Mit 30 gegen 26 wurde dem Abkommen von der Hilfs-

arbeiterschaft zugestimmt. Das erfolgreiche Ende des Hilfsarbeiterstreiks bei Vellner zeigt allen Belegschaften, besonders aber den Hilfsarbeitern, wie erfolgreich gegen jeden Pfennig Lohnabbau gekämpft werden kann und muß.

Pflichtarbeiterstreik im Rheinland

In Corneliusmünster, Bezirk Aachen, sind am 19. September die Pflichtarbeiter in Stärke von 60 Mann in den Streik getreten. Sie stellen folgende Forderungen:

1. Der Unterstufungslohn von 10 Prozent wird rückgängig gemacht.
2. Die Pflichtarbeit wird eingestellt, die Arbeiten müssen zu Tariflohn in verdingungspflichtigen Arbeitsverhältnissen durchgeführt werden.

Der vor wenigen Wochen gebildete Einheitsausschuß, der sich aus fünf christlichen, zwei unorganisierten und zwei kommunistischen Arbeitern zusammensetzt, konstituierte sich als Streikleitung. Die streikenden Pflichtarbeiter begaben sich am frühen Morgen zum Rathaus, das sie bis gegen Mittag belagerten. Die Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen.

Die Pflichtarbeiter setzten sich mit den Pflichtarbeitern in den umliegenden Orten in Verbindung, um sie ebenfalls zur Aufnahme des Streiks zu veranlassen.

An alle Werktätigen der NSDAP.

Du bist gegen die Kapitalistatur! Warum kämpfst du dann nicht mit deinen Arbeitskollegen im Betrieb und Büro gegen Lohn- und Gehaltsabbau und gegen Notverordnungen? Ist nicht die Papen-Notverordnung der schlimmste Tributplan der deutschen Kapitalisten gegen das arbeitende Volk Deutschlands? Ist es denn nicht notwendig, daß das arbeitende Volk gemeinsam gegen seine Ausbeuter kämpft?

Aber was tut die NSDAP? Sie gibt dem Preussischen Landtag feierliche Erklärungen über die Pflicht zur Durchführung der Papen-Notverordnungen. Sie stimmt gegen die Auflösung des Preussischen Landtages und erklärt sich damit für die Fortsetzung des Bruchsystems. Während die Unternehmer den Lohnabbau billigen, jurecht die NSDAP auf die Seite des Großkapitals aus ihrem Programm den folgenden entscheidenden Satz:

„Der wahre Unternehmer muß mit den Preisen an die unterste Grenze gehen, muß seine Arbeiter gut entlohnen.“

Die NSDAP ist also gegen eine gute Entlohnung der Arbeiter. Deshalb leistet die NSDAP beständig Streikbrucharbeit in Eichstätt, deshalb stellt sie sich auf die Seite der Großgrundbesitzer gegen die Landarbeiter, die gegen Lohnabbau kämpfen. Erst hat die NSDAP in treuer Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie die Papen-Regierung in den Sattel gehoben, und jetzt anerkennt sie gemeinsam alle volksfeindlichen Maßnahmen der Regierung des Großkapitals und der Großagrarier. Selbst Goebbels bestätigte das, als er sagte:

„Auf unserem breiten Rücken sind die feinen Herren behende in die Amtlichkeit geklettert.“

Du bist gegen die Papen-Regierung! Du glaubst den Versprechungen Hitlers, daß am 31. Juli die entscheidende Schlacht geschlagen werden würde. Was sagst du dazu, daß die NSDAP jetzt, wie jede andere Partei des kapitalistischen Systems, demütige Briefe an Hindenburg schreibt, zum Staatsgerichtshof hinkt und im übrigen ihr ganze Politik auf den Schächer mit den „System-Parteien“ konzentriert? Erst verbündet sich die NSDAP mit Hugenberg, dann arbeitet sie mit Papen zusammen und half ihm die Hunger-Notverordnungen vorbereiten und dann lügnerisch die mit den Zentrumsbrüdern.

Glaubst du, daß jemals mit dem Millionär Hugenberg, oder mit Herrn Papen, oder mit den Schwerindustriellen und Großagrarern von der Zentrumspartei, oder mit den wilhelminischen Fürsten und Großpensionären Arbeiterinteressen vertreten werden können? Niemals!

Schon heute entpuppt sich Hitlers Gerede über die „Entscheidungschlacht“ und die „Machtübernahme durch Hitler“ als der größte Massenbetrug. Denn in Deutschland herrschen weiter die Schächer der Fabriken, der Banken und des Grund und Bodens. Aber mit diesen ist Hitler verbündet, von ihnen wird er finanziert, auf ihre Forderungen unterstützt die NSDAP. Herr Papen und gibt feierliche Erklärungen im Preussischen Landtag ab, daß die Papen-Notverordnungen durchgeführt werden müssen. Wer wie Hitler — ausdrücklich das großkapitalistische Privateigentum anerkennt, der wird immer ein Knecht des Großkapitals sein. Die Befreiung des arbeitenden Volkes ist nur möglich, wenn das Großkapital enteignet wird, die Fabriken und die Banken, der Grund und Boden in die Hände des arbeitenden Volkes kommen.

Du bist gegen die Versaillescher Knechtschaft! Dann kämpfe mit uns gegen jene Steuern, die im Interesse der Tributzahlungen an das internationale Finanzkapital von den Werktätigen eingetrieben werden. Die Einnahmen aus den Kopfsteuern, Verschönerungssteuern, den hohen Zöllen usw. werden zum großen Teil zur Zinszahlung an das internationale Finanzkapital benutzt.

Aber die NSDAP tritt für diese Steuern ein. In den Ländern, wo sie die Regierung in den Händen haben, sind die nationalsozialistischen Minister die Eintreiber der Tribute von den Werktätigen und handeln damit nach der Anweisung Hitlers, der sich zur pünktlichen Zinszahlung an das internationale Finanzkapital ausdrücklich verpflichtet hat.

Hitler erklärte im März 1932 in einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker:

„Ich werde keineswegs nun sofort alle Notverordnungen der Regierung Brüning rückgängig machen, und ich werde eben so wenig sofort verkünden, daß nun der Vertrag von Versailles zerrissen werde.“
(„Berliner Börsenzeitung“, 13. März 1932.)

Anfang Dezember 1931 erklärte Hitler im Berliner Hotel Kaiserhof vor etwa 40 ausländischen Journalisten:

Bevorstehende Preissteigerung für Lebensmittel

Berlin, 27. September. (Sig. Drahtber.) Der Reichsernährungsminister der Papen-Regierung, Freiherr v. Braun, teilte am Montag in seiner Rede vor dem Bayerischen Landwirtschaftsrat in München die Weisung der Reichsregierung über die Kontingentierung mit. Danach wird die Kontingentierung, d. h. die Einfuhrbeschränkung folgende landwirtschaftliche Produkte umfassen: Schlachtrinder, Speck, Schmalz, Butter, Käse, Kohl, Tomaten, Zwiebeln, Erbsen, Reisabfälle, Karpfen, wichtige Lebjorten, Graupen, Radelmittelschaf. Was bedeutet dieser Beschluß der Reichsregierung? Speck, Erbsen usw. werden kontingentiert, d. h. die Einfuhr dieser Lebensmittel aus dem Auslande wird bis auf einen geringen Teil verboten. Infolgedessen wird innerhalb Deutschlands das Angebot in diesen Lebensmitteln geringer und die Preise steigen.

Alle Meyer Kauffmann-Proleten müssen streiken gegen Lohnraub!

Meyer Kauffmann schließt Langenbielauer Wert

Da sich die Arbeiter weiter weigern, die auf Grund der Notverordnung über Neueinstellung von Arbeitern von dem Langenbielauer Wert der Textilfirma Meyer Kauffmann vorgenommene Lohnkürzung von 23 Prozent anzuerkennen und streiken, hat die Firma den Betrieb des betreffenden Wertes geschlossen. Die streikenden 270 Arbeiter werden als entlassen angesehen. Der Betrieb soll sofort wieder geöffnet werden, wenn die gesetzlichen Bestimmungen der Notverordnung anerkannt werden.

Die Belegschaft von Meyer Kauffmann in Langenbielau befindet

Mobilmachung aller Arbeiterkorrespondenten

Die Genossen Arbeiterkorrespondenten, vor allem die in den Betrieben, müssen ihre Arbeit verstärken. Ueber die Streikämpfe der schlesischen Metallarbeiter und Textilproleten ist der Redaktion laufend zu berichten. Gleichfalls muß über die Verhandlungen vor den Sondergerichten schnellstens berichtet werden.

Nur mit eurer Mitarbeit wird unsere Zeitung ein kollektiver Organisator der Massenkämpfe der Betriebsarbeiter und Erwerblosen gegen die faschistische Hungerdiktatur!

„Die Nationalsozialisten werden alle Privatgrundbesitzer an das Ausland anerkennen.“

NSDAP-Arbeiter! Glaubst nicht etwa, daß die Aufklärung dem Kampf gegen das Versaillescher System dient. Die Aufklärung, wie sie von der Papen-Regierung und von Hitler vertreten wird, dient nur den Interessen der Schwerindustrie, der Kanonenkönige und Chemiegewaltigen. Diese „deutschen“ Ausbeuter reden von nationaler Freiheit, aber sie sind verbündet mit der Schwerindustrie und den Chemiekapitalisten Frankreichs, Englands und Amerikas. Das arbeitende Volk soll die Aufklärungen bezahlen, damit die Börsenkurse dieser Klasse steigen.

Wer gegen die Versaillescher Knechtschaft ist, der muß auch gegen den Pakt von Lausanne kämpfen. Papen hat dort mit den Vertretern der Tributmächte die Zahlung von 467,5 Millionen Mark jährlich vereinbart, wozu noch 1800 Millionen Mark Tribut an die Privatgrundbesitzer kommen. Hitler hat sich für diesen Tributpakt erklärt, obwohl diese geringeren Tributzahlungen in der gegenwärtigen Zeit der verschärften Krise schwerer zu tragen sind als höhere Summen in früheren Jahren.

Diese Tatsachen beweisen aufs neue, daß der Kampf gegen die Unterdrückung und Ausplünderung Deutschlands durch das internationale Finanzkapital und das Versaillescher System nur vom arbeitenden Volk selbst geführt werden kann, und zwar nur gegen die kapitalistische Volksausplünderung im eigenen Land. Deshalb gehört auch du in die kämpfende Front der Arbeiter und werktätigen Bauern, gegen Notverordnungen und Kapitalsherrschaft.

Kampf dem kapitalistischen System der Volksausplünderung! Schluß mit der Herrschaft der Millionäre und Kaputtabschneider!

Arbeitendes Volk, marschiere in einer Front gegen deine Ausbeuter!

Sie zur Einheitsfrontaktion gegen faschistische Notverordnungen und Papen-Regierung!

Alle Macht in die Hände der Arbeiterklasse! Für die Arbeiter- und Bauern-Regierung! Für den Sozialismus!

Belegschaft Kantorowicz protestiert gegen Papen-Notverordnung

Breslau, 27. September. Die Belegschaft der Firma Kantorowicz & Co. hat folgende Protestentscheidung angenommen:

„Wir protestieren gegen die Notverordnung vom 4. September 1932 und werden gegen die Angriffe auf unsere Arbeiterrechte den härtesten Kampf führen.“

ROTE HILFE-FONDS
KAMPF
Für die Opfer im antifaschistischen Freiheitskampf
Gustav Sauti, Königsberg
von Nazis ermordet am 6. 8. 32

„Kommunistisches Sprengstofflager“

Rothenburg O.L., 26. September. In den vergangenen Tagen hat die Polizei bei Petershain ein Sprengstoff- und Munitionslager entdeckt. Obwohl keine Beweise vorliegen, behauptet die hingerichtete Presse ganz frech, daß das ein „kommunistisches“ Sprengstofflager sei. Diese Behauptung ist zu durchsichtig, als daß sie von den Nazis nicht begriffen würde.

Der Angriff

muß den Klassenfeind an der empfindlichsten Stelle, d. h. am Lebensnerv, dem Betrieb treffen. Die Betriebsarbeiter warten auf uns. Dafür gibt es genügend Beispiele. In den letzten zwei Tagen hat ein Genosse in einem Breslauer Betrieb

20 Stück Potempa-Broschüren

verkauft. Der Literaturvertrieb ist das beste Mittel, auch den letzten Betriebsarbeiter zu mobilisieren und zur Einheitsfrontaktion und somit zu entscheidenden Kämpfen zu führen.

Abrechnungstag

Ist für alle Genossen der Dienstag jeder Woche. Der Litobmann hat das Geld sofort an die Kasse in Breslau abzuliefern.

Ueberwältigender kommunistischer Wahlsieg in Sofia

Weitaus die Mehrheit aller Mandate

Sofia, 26. September. Die Gemeinderatswahlen, die am Sonntag stattfanden, erbrachten einen neuen bedeutsamen Sieg der Kommunisten. Im Stadtrat von Sofia erhielten die Kommunisten mit 21 von 35 Sitzen die Mehrheit, der Regierungsblock der Bauern und Demokraten erlangte elf, die Rechtsopposition Zankoff drei Mandate.

Regierungstrife in England

London, 26. September. Die „nationale Regierung“ MacDonalds befindet sich in Auflösung. Am Freitag legte der Finanzminister Snowden sein Amt nieder und zwang dadurch auch die liberalen Minister Herbert Samuel und Archibald Sinclair zum Rücktritt.

Die Ursachen des Rücktritts bestehen in tiefgehenden Differenzen innerhalb der englischen Bourgeoisie über die Schutzpolitik der Regierung, insbesondere wehren sich die Liberalen dagegen, daß durch Ottawa eine neue Ära von Zollkriegen beginnt. Durch diese Schutzölle wird ein Teil der exportierenden Fertigwarenindustrie geschädigt.

Außerdem spielen bei dem Rücktritt der liberalen Minister die große Erbitterung, die unter den breitesten Volksmassen gegen die kapitalistische Politik der MacDonald-Regierung herrscht, eine große Rolle. Bei einigen Erziehungswahlen hat die Regierung schon schwere Niederlagen erlitten.

Hungerstreik 200 proletarischer Gefangener in Italien

In der italienischen Grenze, 26. September. In dem Zuchthaus von Civitavecchia sind 200 dort gefangene Genossen, darunter auch die Genossen Terracini, Di Causi, Pianezza, Damen, Sanna u. a. in den Hungerstreik getreten.

Die faschistische Regierung hat gegen zahlreiche kommunistische Gefangene ein neues Verfahren auf Grund der phantastischen Anklage eingeleitet, in den Gefängnissen die kommunistische Partei reorganisiert zu haben. Die wegen dieses „Komplottes“ zur Verantwortung gezogenen Genossen wurden alle aus den verschiedenen Zuchthäusern in das Spezialzuchthaus von Civitavecchia gebracht, wo sie eine dreimonatige Einzelhaft abmachen müssen. Diese Einzelhaft bedeutet die Verurteilung zu Wasser und Brot, den Entzug des täglichen Spaziergangs, absolutes Verbot um Gleichzeitigkeit wurde allen Gefangenen in den italienischen Straf-Anstalten das Recht genommen, Bücher und Zeitungen irgendwelcher Art, selbst faschistische Zeitungen, zu lesen.

Die Handelsflotte im sozialistischen Aufbau

Die Seehandelsflotte der Sowjetunion wird im Jahre 1932 um zahlreiche große Handelsschiffe bereichert. In Leningrad stehen zwei Motorschiffe von je 6400 Tonnen vor dem Stapellauf, für vier weitere Motorschiffe sind die Riele bereits gelegt. In diesem Jahre noch erfolgt der Stapellauf eines Landdampfers von 10 000 Bruttoregistertonnen, der auf der Maritima-Werft in Leningrad gebaut wird. Zwei Holztransportdampfer von je 5500 Bruttoregistertonnen stehen vor der Fertigstellung.

Somit zeigt sich auch auf dem Gebiete der Schifffahrt, daß während in den kapitalistischen Ländern, insbesondere den Vereinigten Staaten, England und Deutschland, tausende Handelsschiffe in den Häfen leerstehen, die Flotte der Sowjetunion nicht nur voll ausgenutzt wird, sondern darüber hinaus alltäglich eine Vergrößerung erfährt. Daneben stehen zahlreiche ausländische Lastdampfer im Dienste des Handels der Sowjetunion.

Schändliches Lohnraubabkommen der englischen Gewerkschaftsbürokratie

Reformisten stimmen für 8,5 Prozent Lohnraub bei den Webern — Streikfront unerhört

London, 26. September. Die in Manchester tagende Konferenz der Unternehmer und Gewerkschaftsführer unter dem Vorsitz eines Regierungsvertreters hat nun in den hauptsächlichsten Fragen zu einer Einigung der reformistischen Bürokraten und der Textillohnrauber geführt. Die Gewerkschaftsbürokraten haben einem Lohnraub von 8,5 Prozent freiwillig zugestimmt. Ferner haben sie auch in der Frage des Mehrwertsystems einem Unternehmervorschlag die Zustimmung erteilt, der vorsieht, daß eine sogenannte „überparteiliche Kommission“, die natürlich von den Unternehmern und von der Regierung beherrscht wird, in jedem Falle entscheidet, ob die Weber mehr Wertstoffe als bisher zu bedienen haben. Die Verhandlungen gehen noch weiter, da die Frage der Wiedereinstellung der gemäßigten Streikenden noch behandelt wird.

Die Zustimmung der englischen Gewerkschaftsführer zu den Lohnraubforderungen der Unternehmer beleuchtet blitzartig die Rolle dieser Vertreter. Das Lohnraubabkommen von Manchester ist um so ungeheurer, als die Streikfront unerhört ist und die Weber in zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen immer wieder ihren Willen zum Ausdruck gebracht haben, keinen Pfennig Lohnraub und kein Mehrwertsystem hinzunehmen. Die Lage für die Streikenden ist außerordentlich günstig, da die bürgerliche Presse bereits muß, daß den Unternehmern zahlreiche Aufträge infolge des Streiks verloren gehen. Das Solidaritätskomitee hat an die Weber einen Aufruf gerichtet, sich unverzüglich in allen Betrieben eigene Streikführungen zu schaffen, und dem reformistischen Streikbruchabkommen erbitterten Widerstand entgegenzusetzen.

Genfer Räuberbund für Japan

Japans Antrag auf Vertagung des Lyttonberichts angenommen

Genf, 26. September. In der Sonnabendabendung des Völkerbundesrates wurde der Antrag des japanischen Imperialismus auf leichwichtige Vertagung der Berichterstattung des Lytton-Berichtes behoben. Die japanische Regierung verlangt, daß der Völkerbundrat sich nicht eher mit dem Lytton-Bericht befaßt, als bis eine Stellungnahme der japanischen Regierung vorliegt und ein Sondervertreter Japans nach Genf entsandt worden ist.

De Galea, als Präsident der Tagung, kritisierte, daß Japan einer Entscheidung des Völkerbundes durch seine Anerkennung der Mandatschüre vorgegriffen habe, im übrigen aber betonte er, daß der Völkerbundrat nicht umhin könne, dem Vertagungsantrag Japans zuzustimmen.

Der Vertreter der Kuomintang-Regierung erhob Protest gegen eine Vertagung, die jedoch vom Rat dann trotz dem beschloßen wurde. Am 14. November erst wird eine außerordentliche Tagung zur Prüfung des Lytton-Berichtes zusammentreten.

Dieser Beschluß des Völkerbundesrates beweist aufs neue, daß der Völkerbund alle blutigen Verbrechen des japanischen Imperialismus deckt und Japan in seinem Raubzug unterstützt. Der Lytton-Bericht selbst, der bisher noch nicht veröffentlicht wurde, sucht, wie aus den bisherigen Andeutungen hervorgeht, ein Kompromiß zwischen den übrigen imperialistischen Mächten und Japan über die Aufteilung Chinas zu finden. So wird bekanntlich in diesem Bericht ausdrücklich betont, daß „die japanischen Interessen durch die Situation in China aufs schwerste geschädigt sind“.

Der Vertagungsbeschluß des Völkerbundesrates ist nicht zum

wenigsten auch diktiert von der Notwendigkeit, in den nächsten Wochen die imperialistischen Fronten in der Mandatschürefrage auszurichten. Die Vereinigten Staaten, an die sich Frankreich um Unterstützung für das Versailles-System wendet, wollen diese Unterstützung von der Haltung Frankreichs in der Mandatschürefrage abhängig machen. Gleichzeitig legt der französische Imperialismus auf engere Beziehungen mit den Vereinigten Staaten schon deshalb großen Wert, weil es damit England stets unter Druck halten will. Der japanische Raubkrieg wirkt deshalb alle Gegenkräfte unter den imperialistischen Mächten verhärtet auf, wobei sie sich alle darin einig sind, daß China aufgeteilt werden soll, jedoch jeder Imperialismus seine besonderen Räuberinteressen zu wahren versucht.

Das Proletariat weiß aus den Erfahrungen der letzten Monate zur Genüge, daß dem Wüten der imperialistischen Kriegsverbrecher nicht in Genf Einhalt geboten wird, wo eben diese Räuber zusammensitzen, sich um die Verteilung der Beute zu streiten und eine neue Phase imperialistischer Kriege vorzubereiten. Das Proletariat weiß, daß es allein in seiner Macht liegt, das blutige Spiel der Imperialisten zu durchkreuzen.

Polnische Erdölarbeiter troben reformistischem Streikbruchabkommen

Krakau, 25. September. Das in Lemberg von den PPS-Gewerkschaftsbezügen unterzeichnete Abkommen hat stürmische Entrüstung unter den streikenden Erdölarbeitern erregt. Gleich nach dem die Unterzeichnung des Abkommens durch die PPS-Leute und die Unternehmung bekannt wurde, wurde in Warschau eine Generalversammlung einberufen, an der 3000 Arbeiter teilnahmen. Nach der Berichterstattung eines sozialfaschistischen Delegierten beschloß die Versammlung einstimmig:

Ein Mistrauensvotum für den aus PPS-Leuten bestehenden Streikausschuß, die Ablehnung der zehnprozentigen Lohnkürzung, die Aufrechterhaltung des alten Kollektivvertrages, die Ungültigkeitserklärung eines entl. von den PPS-Leuten unterzeichneten neuen Abkommens, die Fortsetzung des Streiks, die Forderung nach Einführung einer vierten Schicht zwecks Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Japanisches Bombardement in Jehol

Peking, 26. September. Der japanische Feldzug gegen die nordchinesische Provinz Jehol wird fortgesetzt. Ein japanisches Flugzeuggeschwader hat die Hauptstadt der Provinz, Tschaojan, mit Bomben belegt, die eine verheerende Wirkung hatten. Hunderte von Zivilpersonen wurden getötet, ganze Stadtteile vernichtet.

Paul Csihajda's Kampf

Emil Madarász

Schluss

Gleich nach ihm erhob sich der Koch Niesweda; er litt an Asthma und mußte einen Husten unterdrücken. Er verteidigte Csihajda:

„Ob es nun eine Konterrevolution gibt oder nicht, ein toter Soldat kann ohne Munition nicht auskommen, denn, wenn er keine Patronen in der Tasche und keine Patronen im Kopfe hat, so ist der revolutionäre Klassenkampf keinen lumpigen Groschen wert!“

Er blickte alle herausfordernd an und setzte sich wieder auf seinen Platz.

Der tiefbeleidigte Albinesku hat wieder um das Wort, da sein Vorschlag offensichtlich mißverstanden worden war. Der Matrose Ciotora kam ihm aber zuvor:

„Die Revolution war keine leichte Aufgabe, wir haben sie aber doch vollbracht. Man muß versuchen es so einzurichten, daß man kämpfen und auch gleichzeitig lernen kann. Csihajda hat vollständig recht!“

An der Diskussion beteiligten sich alle anwesenden Matrosen und der Streit dauerte solange, bis Csihajda selbst das Wort ergriff.

„Wir müssen zwei Fragen lösen. Erstens die Frage über die weitere marxistische Ausbildung des Genossen Csihajda. Ich bin der Meinung, daß seine Forderung vollkommen berechtigt ist. Genosse Kolompar, wenn Sie sprechen wollen, bitten Sie um das Wort! Zweitens über unser verwaistes Bataillon, das seinen Führer verloren hat.“

Er wurde immer erregter und fuhr fort:

„Selbst wenn ich mit dem Kopf gegen die Wand renne, finde ich keine richtige Lösung der ersten Frage. Was die zweite Frage betrifft, so bin ich der Meinung, daß unser Bataillon in diesen schweren Tagen nicht ohne Kommandeur bleiben kann. Wir müssen nach Budapest schreiben und ersuchen, Genossen Csihajda zum Bataillonskommandeur zu ernennen.“

Ein donnerndes Echo war die Antwort: „Csihajda! ... Den Genossen Csihajda!“

Ohne lange zu zögern, wurde eine Redaktionskommission aus sechs Mann eingesetzt, die, nach sechsstündiger Arbeit, eine Eingabe an die Ungarische Sowjetregierung, an Genossen Bela Kuhn,

Sofort besorgen!

Genosse, diese Zeitschrift brauchst du zum Klassenkampf. Neu erschienen: Hest 7/8

Die Internationale

Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus.

Mit folgenden wichtigen Artikeln:

Ernst Thälmann: Die neue Etappe der Bolschewisierung der KPD. — Die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932. — Die Voraussetzungen unseres Wahlsieges. — Unser Durchbruch in der Anwendung der Einheitsfronttaktik. — Ein Erfolg unserer ideologischen Offensive. — Fortschritte im Kampf gegen Hitlerfaschismus. — Wo liegt die Hauptschwäche unserer Partei. — Die neue Etappe der Antifaschistischen Aktion. — Vor entscheidenden Kämpfen.

G. Henrykowsk: Die Lehren der letzten Streikkämpfe in Polen.

Wilhelm Florin: Fragen unserer Einheitspolitik. Weltwirtschaft und Weltpolitik im 1. Halbjahr 1932. Der Stand der Weltwirtschaftskrise. — Der Einfluß der Krise auf die Struktur der Wirtschaft Deutschlands. — Die Verschärfung der Klassen- und imperialistischen Gegensätze und die Kriegsgefahr.

Jeder Parteiarbeiter liest und verbreitet

Die Internationale!

Sofort besorgen, ehe vergriffen! Einzelpreis 20 Pfennig.

abhandte. In ihr wurde darauf hingewiesen, daß Genosse Csihajda proletarischer Herkunft sei, sich verschiedentlich revolutionär betätigt habe, zuerst den Zustand in der Flotte und unlängst das Niederschlagen der Konterrevolution in Budapest mitgemacht habe.

Die Matrosen ersuchten:

1. Genossen Csihajda an Stelle des Genossen Bojaki, der eines proletarischen Todes gestorben, zum Bataillonskommandeur zu ernennen.

2. Dem Genossen Csihajda, ebenso wie jedem roten Matrosen und jedem roten Soldaten, sofort nach dem endgültigen Sieg der Revolution, die Möglichkeit zu geben, sich marxistisch zu bilden.

Nachdem dieses Dokument dem ganzen Bataillon vorgelesen und einstimmig angenommen worden war, bestieg Csihajda den Kaschker und sagte kurz und energisch:

„Genossen, ich übernehme bis auf weitere Anordnungen das Kommando.“

Bei der Niederlage am 30. Juli 1919 lagen die Ueberreste des Bataillons von Csihajda im Schützengraben an der Theiß und mußten sich gegen die zahlenmäßig viel stärkeren Rumänen verteidigen.

Csihajda hatte nur mehr ein Maschinengewehr und etwas über zwanzig Mann. Sie wurden von rechts und links immer enger vom Feinde umzingelt. Csihajda bediente das Maschinengewehr. Nachdem er den letzten Gurt verbraucht hatte, sagte er zu seinem Nachbar:

„Übernimm die Infanterie, ich nehme die Kavallerie auf mich. Nach drei einzeln abgefeuerten Schüssen ging Csihajda zum planmäßigen Streifen über.“

Vier rumänische Reiter stießen zu Boden. Csihajda lachte laut auf. Er erinnerte sich aber plötzlich an die Schule und wurde ernst. Und während er mit ruhiger Hand die Befehle des Feindes fortsetzte, wurde er plötzlich wütend.

„Die Ware!“ „Der Preis!“ „Verfluchte imperialistische Ware!“ Eine Granate explodierte. Als sich der Rauch verzogen und der Staub gelegt hatte, lag der Kommandeur des Matrosenbataillons, Csihajda, tot im Grabe.

Neumarkt Herren- Damen-Frisier - Salon ...

Glogau Seifenhaus Gebr. Strumpf ...

Herren- und Knabenbekleidung Adolf Krenzberger ...

Johannes Berger Kdt.-Ges. Schokoladen-Geschäft ...

Gerhard Weber, Langestraße 60 ...

Büro-, Schul- und Zeichenbedarf Bernhard Döring ...

Reserviert 4. 2.

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Erich Lindner ...

G. Emer & Co. Preußische Straße ...

Pietrkowski Markt ...

Gebr. Kurze Inh. Willi Zeln, Lange Straße 39 ...

Schloß-Apotheke Langestraße Nr. 42 ...

Emil Winkler Langestraße 21 ...

Paul Kurze Mälzstraße 41 ...

Schuhhaus Salzmann Preußischestraße 49 ...

Otto Heinz ff. Fleisch- und Wurstwaren ...

E. Weidstein Nachf. Inh. Emil Bross, Mälzstraße 39 ...

Franz Ceglarski Markt - Ecke Kiebnstraße ...

Bäckerei und Konditorei Fritz Liebich, Langestr. 46 ...

Paul Plandke Brennmaterialien ...

Drogerie Paul Joerster Langestraße, Preußische Str. Ecke ...

Neusalz a. O. Besucht die Florian-Lichtspiele ...

Stadtbad Neusalz, das Volksbad ...

Trinkt Neusalzer Brauhaus-Biere ...

Spare bei der Städtischen Sparkasse ...

Schnellbesohlanstalt Gustav Jensch, Berliner Str. 8 ...

Färberei Schmidt vorm. R. Haensel, Lindenstr. 15 ...

Erich Klose, Schillerstraße 4 ...

Kauf Blumen für Freud und Leid ...

Hüte - Mützen - Pelzwaren ...

Obst, Süßfrüchte, Gemüse ...

Lauban Germania-Drogerie ...

Verkehrslokal aller Werkstätigen ...

Fahrrad- u. Maschinenhaus Arndt ...

Helene Kelle Weberstraße 16 ...

Arthur Elchner Nikolaistraße 23 ...

Sächsisches Leinwandgeschäft ...

C. A. Frenzel & Sohn, Markt ...

Max Fischer, Markt 10 ...

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Karl Lange ...

Christian Kasper, Markt ...

Roßfleischerei * Frühstückstube ...

Roßschlächtere, Frühstückstube ...

Wer gesund bleiben will, trinkt Dr. Drawes Edel-Mate ...

Wurstfabrik Gerhard Hentschel ...

Hermann Fiedler, Markt 18-19 ...

Arbeiter, deckt euren Bedarf in der Bäckerei Paul Groß ...

Ernst Wagner, Weberstraße 27 ...

Liegnitz Verlangt die guten Piastenbiere ...

Kurt Touchert 12 Kohlmarkt 12 ...

Karl Bayn, Breslauer Straße 39 ...

P. Kwinklewitz, Burgstraße 50 ...

FESTSÄLE »Wintergarten« ...

Schuhhaus Remane Carthausstr. 7, am Bahnhof ...

Richard Walther Gerichtstr. 2 ff. Fleisch- u. Wurstwaren ...

Wolff Sillme Ring Nr. 9/10 ...

Paul Jähner Petrisstr. 5 ...

„Reger Obenan“ ...

Gerhard Cir Ring 47 ...

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei G. Vogt ...

S. Harlam Herren- u. Knaben-Konfektion ...

Georg Bick Nachf. ...

„Westend-Säle“ (früher Sommer-Theater) ...

Paul Nawroth, Halbauer Str. 4 ...

Lebensmittelhaus Adam Rilling ...

Fleisch- und Wurstwaren Frühstückerie ...

R. Sommer, Bahnhofstraße 23 ...

Möbel billig und gut G. Conrad ...

F. Rollmann Inh. R. Koblitz, Tel. 578 ...

Union-Einheitspreis G. m. b. H., Sagan ...

Becker & Co. Brüderstraße 7 / Elektr. Installation ...

Schneiderei, Nähmaschinen, Motorräder ...

Fritz Skupin, Ring 32 Herren- und Knabenbekleidung ...

Möbel-Haus Peterknecht Keplerstraße 48 ...

Kauft Eisen u. Eisenwaren nur bei J. C. E. Boehm GmbH ...

Lebensmittelhaus Bernhard Baum ...

Gustav Berthold Nizzaplatz 2 ...

Kurt Müller Fabrik feiger Fleisch- u. Wurstwaren ...

Zeltungsverkaufsstand „Nizzaplatz“ ...

Paul Wenger Markt 20 ...

Brauerei „Tivoli“ M. Baudach ...

Reserviert H. ...

Paul Jacob, Markt 31 Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren ...

ff. Fleisch- und Wurstwaren Max Altmann ...

Kauf bei Theiner Ring 27 ...

Papier- u. Schreibwaren ...

Kurt Gäbler Inh. Lucia Gäbler ...

Reserviert K. ...

Herren-Frisier-Geschäft Fritz Beier ...

Kolonialwaren, Lebensmittel ...

Fahrradhaus Gebr. Jommer ...

Reserviert ...

Central-Kaufhaus Größte Auswahl - niedrigste Preise ...

Motor- u. Fahrräder, Nähmaschinen ...

Walter Friedländer Herren- und Knabenbekleidung ...

Reserviert ...

Use Korant Breitestr. 5 ...

Reserviert ...

Schwarzwaldau Schuhhaus ...

Reserviert ...

Walter Friedländer Herren- und Knabenbekleidung ...

Reserviert ...

Use Korant Breitestr. 5 ...

Reserviert ...

Use Korant Breitestr. 5 ...

Grünberg Drosener Spezial-Bäckerei ...

Lebensmittelhaus Robert Mattner, Berliner Straße 44 ...

Seit Baumgart. Mollerel - Erzeugnisse ...

Schuh-Jäger Altmärkerstr. 4b ...

Möbel kauft ihr preiswert bei Otto Schulz, Burgstraße 17 ...

Lange's Drogenhandlung Inhaber: Oskar Koser ...

W. ZIELEMEIER Posse Nachfolger, Niederstraße 28 ...

Gustav Staub Beste Bezugsquelle für ...

Milch die beste und billigste Nahrung ...

Schuhwaren aller Art „Salamander“ ...

Winnl Grünberger Broyffloß-Linon ...

Butter-Handlung Künello ...

Bruno Ullrich, Zollstraße 14 ...

Sortimentshaus Theophil Rosenthal ...

Reserviert ...

Reserviert ...

Drogen - Farben - Foto Erich Standke ...

H. Tschorn Schloßstr. 17 ...

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Bruno Seilert ...

Kauft bei Theiner Ring 27 ...

Kurt Gäbler Inh. Lucia Gäbler ...

Herren-Frisier-Geschäft Fritz Beier ...

Fahrradhaus Gebr. Jommer ...

Central-Kaufhaus Größte Auswahl - niedrigste Preise ...

Walter Friedländer Herren- und Knabenbekleidung ...

Use Korant Breitestr. 5 ...

Trinkt Glogauer Berthold-Biere

Papens Reichsarbeitsminister droht der Arbeiterchaft

Wie man beschäftigte und erwerbslose Arbeiter gegeneinander auspielen will — SPD. und ADGB. kapitulieren vor Schäffer

Der Reichsarbeitsminister der Papen-Regierung, Schäffer, hat dem Vertreter des Wolffschen Telegraphenbüros Erklärungen über die Streikbewegung abgegeben, die offenbaren, wie wirkungsvoll die Streiks sind, und die zugleich einen Alarm für die gesamte deutsche Arbeiterschaft bedeuten.

Schäffer muß die Tatsache der Streiks und der Streikertfolge, die erzwungene Zurücknahme des Lohnabbaus in verschiedenen Betrieben, zugeben; er versucht nur, die Zahl der Streiks zu verkleinern und „hofft“, daß „neue Nachrichten das Uebertriebene der Meldungen dartun“. Obwohl man danach im Reichsarbeitsministerium gar nicht genau weiß, wo überall gestreikt wird, behauptet Schäffer trotzdem weiter, daß „die grundsätzlichen Gegner der Reichsregierung und ihrer Verordnung vom 5. September — insbesondere die kommunistisch geklärten Arbeiter — bestrebt sind, diese Tatsache (der Streiks) zu vergrößern.“

Dann versucht der Reichsarbeitsminister der Regierung der Herren von Papen und von Schleicher, die Proleten, die Arbeiter und die Arbeitslosen auseinander zu bringen:

„Grundsätzlich bin ich noch nicht geneigt, daran zu glauben, daß eine erhebliche Zahl von Arbeitern, die noch keinen Arbeitsplatz haben, wegen einer geringen (!) Lohnkürzung den Arbeitslosen, die mit ihren Frauen und Kindern lange genug geduldet haben, das Recht auf Arbeit und den Eintritt in das Arbeitsverhältnis verwehren wollen.“

Sowohl, die Erwerbslosen hungern und darben und — wegen der wenigen Unterstützungspfennige, die sie noch erhalten, hat die Papen-Regierung Deutschland einen „Wohlfahrtsstaat“ genannt. Die Erwerbslosen hungern mit Frau und Kind und — die Papen-Regierung, deren Minister davon spricht, hat im Juli durch Notverordnung die Unterstützungen um 20, 30, ja 50 bis zu 75 Prozent abgebaut!

Die beschäftigten Arbeiter verwehren keineswegs den Arbeitslosen die Arbeit, wie Herr Schäffer das darstellt, sondern sie verwehren den Unternehmern den Lohnabbau, der sowohl die bisher beschäftigten, als auch die neu eingestellten Arbeiter betrifft. „Geringfügig“ nennt der Herr Minister diese Lohnkürzung, die bis zu 27 Prozent geht!

Gerade der Kampf gegen Lohnabbau führt zu Brot und Arbeit für die Erwerbslosen, denn er stärkt die Kraft der Arbeiterklasse als Ganzes und damit die Kraft zur Durchsetzung der Forderungen auch der Erwerbslosen.

Was die Papen-Regierung will: das ist: Die Unternehmer erhalten ein Geschenk von 2 Milliarden. Die Löhne werden aufs empfindlichste gekürzt und eben zu diesen Hungerlöhnen werden — höchstens einige Hunderttausend neu in die Betriebe eingestellt. Allerhöchstens einige Hunderttausend von 5,2 Millionen registrierten und weiteren 1 bis 2 Millionen nicht registrierten Erwerbslosen!

Was die Arbeiter wollen, das ist: Schärfste Besteuerung der Reichen, Millionärsteuer, keinen Pfennig für Fürsten, Kirche und Panzerkreuzer, dafür ausreichende Löhne und Unterstützungen und statt des bankrotten kapitalistischen Systems die Arbeiter- und Bauernrepublik, den Sozialismus.

Wenn Beschäftigte und erwerbslose Arbeiter sich gegeneinander auspielen lassen, wird sowohl der Lohn als auch der Unterstützungsabbau durchgeführt und — die Erwerbslosen werden erwerbslos bleiben.

Der Reichsarbeitsminister scheint denn auch selbst die Absichten einer Trennung der Arbeiter und Arbeitslosen nicht sehr hoch einzuschätzen. So greift er zu Drohungen an die Arbeiter, die zugleich mit einem Appell an die Gewerkschaften verbunden sind:

„Es scheint mit zunächst Aufgabe der Gewerkschaften zu sein, die Streikmeldungen auf ihren wahren Sachverhalt zu prüfen und dann sofort das zu veranlassen, was die tarifvertragliche Friedenspflicht von ihnen verlangt. Denn es ist ganz zweifellos, daß die Zahlung des vom Arbeitgeber auf Grund der Verordnung gekürzten Lohnbetrags als eine volle Erfüllung der tariflichen Verpflichtungen anzusehen ist. Auf die unmittelbaren Folgen der Verletzung der Friedenspflicht hinzuweisen, erübrigt sich.“

Damit droht Schäffer ein verschärftes Vorgehen gegen Streiks, gegen die streikenden Arbeiter an. Schäffer wendet sich dabei an ADGB. und christliche Gewerkschaften und fordert sie auf, an a n

offen die Streiks zu bekämpfen und ganz offen die Notverordnung durchzuführen.

Die Papen-Regierung hat wohl Verständnis für die Schein-oppositionellen Manöver der ADGB.-Führer, die jetzt meist nicht offen gegen die Streiks vorgehen, ja sogar einzelne Streiks unterstützen, um die Empörung der Arbeiter gegen den Lohnabbau aufzufangen und große Streiks zu verhindern. Aber die Papen und Schäffer fürchten, daß die Arbeiter die Manöver der ADGB.-Führung ernst nehmen. Die Bourgeoisie kann sich jetzt die Manöver der ADGB.-Führer nur in eingeschränktem Maße leisten, um nicht das Tempo der Durchführung der Notverordnungsmassnahmen zu verlangsamen.

Der Appell Schäffers an den ADGB. wird nicht ungehört verhallen. Ja, es bedurfte des Appells gar nicht erst, denn die ADGB.-Führer sind bereits drauf und dran, ihm zu entsprechen. Die „Gewerkschaftszeitung“ hat schon vor einer Woche die Notverordnung Papens „als großen Wurf“ anerkannt, gegen den sie „nicht blind oppositionell“ vorgehen wolle! Noch deutlicher offenbart der Kommentar des „Vorwärts“ (vom 25. September) zur Schäffer-Rede, wie die Leipziger und Tarnower gehorsam den Wünschen der Papen-Schäffer, kaum verhält, Folge leisten.

Der „Vorwärts“ richtet sich zunächst vor Papen und hebt hervor, wie wichtig die Manöver der ADGB.-Führung für Papen und das Kapital sind.

„Durch diesen organisierten Widerstand sind alle wilden

kommunistischen Bewegungen verhindert worden.“

Das ist ein wertvolles Eingeständnis dafür, welche Zwecke die Leipziger und Tarnower verfolgen. Sie sind nur deshalb dort und da für die Streiks, weil sie wissen, daß, dank der ADGB., die Arbeiterschaft jedenfalls streiken würde und weil sie die Streikbewegung aufzufangen und umzubiegen hoffen.

Der „Vorwärts“ antwortet schließlich auf die Drohungen Schäffers keineswegs mit einer Kampfansage, sondern er vertraut die Gewerkschaftsmitglieder und die Arbeiter auf — das Arbeitsgericht! Die kapitalistischen Arbeitsgerichte und die „Rechtssprechung“ sollen die Arbeiter vor der kapitalistischen Papen- und Schäffer-Regierung schützen! Verhandlung vor den kapitalistischen Arbeitsgerichten statt proletarischer Klassenkampf in den Betrieben!

Weder die Drohungen der Papen-Regierung, noch die neue Kapitulation der ADGB.-Führer und ihre Unterstützung der Notverordnung werden die Arbeiter vor der Gegenwehr gegen Lohnabbau abhalten. Die Streiks der letzten Tage, durch die fast überall eine Zurücknahme der Lohnkürzung erzwungen wurde, haben der Arbeiterschaft den Weg des Erfolgs demonstriert. Es gilt für beschäftigte und erwerbslose Arbeiter, gemeinsam die Einheitsfrontaktion gegen Hunger und Papen-Regierung weiter und noch entschiedener durchzuführen.

„Sie wissen wohl nicht, daß es um ihren Kopf geht!“

Berlin, 27. September. (Eig. Drahtber.) Die gestrige Verhandlung vor dem Berliner Sondergericht war für die Aufklärung der tatsächlichen Vorgänge in der Königsstraße von größter Bedeutung. Mehrere Zeugen beklundeten in völliger Uebereinstimmung, daß die Nazis vom Sturm 33 auf die heimkehrenden Arbeiter das Feuer eröffnet hatten. Kurz vor Schluß der Sitzung kam es zu einem aufregenden Zwischenfall, der die Lage für die Angeklagten erneut kennzeichnet. Als der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Volk bemerkte, daß einige der Angeklagten über eine Zeugenaussage lachen, rief er ihnen zu: „Was gibt es hier zu lachen, Sie haben wohl den Ernst der

Situation noch nicht erkannt; Sie wissen wohl noch nicht, daß es um Ihren Kopf geht!“ Dieser Zurschützel löste unter den Angeklagten so starke Erregung aus, daß der junge Störck ausrief: „Mal reißt uns die Geduld, wir haben nichts getan und sitzen hier für nichts und wieder nichts.“ Darauf erwidert der Vorsitzende: „Dann werden wir Ihnen schon die Geduld beibringen.“

Arbeiter, trotz aller Tatsachen und Beweise, daß der Sturm 33 das Feuer auf die Arbeiter eröffnet hat, geht es um das Leben der unschuldig Angeklagten. Verstärkt den Massenprotest!

Arbeiterratsvorsitzender Vogel vom BCB. ein Unternehmerlakai

Dieser Reformist will gern roten Betriebsrat aus dem Betrieb haben — Belegschaftsversammlung geschlossen hinter dem roten Betriebsrat

(Betriebskorrespondenz)

Breslau, 26. September. Auch im Breslauer Conium-Verein beginnt der Unternehmer mit weiteren Entlassungen, trotz des Beschwägers der faschistischen Presse, daß die Arbeitslosigkeit abnehme. Soeben ist neun Wädern und sieben Hilfsarbeiterinnen gekündigt worden. Was tut der reformistische Arbeiterratsvorsitzende Vogel? Die Belegschaftsmitglieder verlangen stürmisch eine Betriebsversammlung; sie wollen auch zu dem durch die Papenische Notverordnung drohenden Lohnabbau Stellung nehmen. Vogel lehnt die Einberufung der Betriebsversammlung strikte ab; über die Notverordnung auch nur zu reden, gehöre nicht in den Betrieb, und Vogel drohte bereits dem roten Betriebsrat, der in der Arbeiterratsitzung zum Lohnabbau durch die Notverordnung Stellung nehmen wollte.

Vogel versucht dem roten Betriebsrat aus diesem Grunde Verleugung der Vorkriterien des Betriebsratsgesetzes vorzunehmen, um diesen aus dem Arbeiterrat und aus dem Betrieb zu drängen. Vogel hat nun angekündigt, er werde den Vorsitz im Arbeiterrat niederlegen, weil er sich das politische Gerüde des roten Betriebsrates nicht länger anhören könne. Dieses Treiben des Reformisten, durch welches er den roten Betriebsrat mit Hilfe des Unternehmers aus dem Betrieb drängen will, bedeutet eine große Provokation der ganzen Belegschaft, deren Vertrauen der rote Betriebsrat besitzt. Dieser Betriebsrat Vogel, der vor jeder Arbeiterratsitzung sich mit dem Direktor bespricht, so daß die Arbeiterratsitzung nur noch zum Theater und zur Attrappe wird, dieser famose reformistische Betriebsrat ver-

sucht jetzt ganz offen gegen den roten Betriebsrat vorzugehen, um dem Direktor seine Arbeit zu erleichtern.

Die Belegschaft aber wird sich das nicht gefallen lassen. In ungeheure Empörung besonders der revolutionären Belegschaftsmitglieder, ihr entschlossener Kampfeswille, wird die Pläne des Arbeiterratsvorsitzenden Vogel und des Direktors zunichte machen. In der Belegschaftsversammlung der revolutionären Belegschaftsmitglieder des BCB hat am Freitag Stellung zu den Vorgängen in der letzten Arbeiterratsitzung genommen und folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 23. September stattgefundene Versammlung der BCB-Belegschaft hat Kenntnis genommen von dem Treiben des Arbeiterratsvorsitzenden Vogel, mit dem er versucht, den roten Betriebsrat aus dem Betrieb zu drängen. Sie protestiert auf das Schärfste gegen diese Methoden und erklärt sich völlig solidarisch mit ihrem roten Betriebsrat. Sie ist entschlossen, die Belegschaft zu mobilisieren und den Kampf mit allen Mitteln aufzunehmen, wenn es gilt, den roten Betriebsrat zu verteidigen.“

Kollegen! Die Zusammenarbeit des Reformisten mit dem Unternehmer ist offenbar. Auch in bezug auf die Entlassungen. So merkt jetzt der Direktor neue Methoden an; er ordnet mehr Entlassungen an, als er durchzuführen beabsichtigt und überläßt dem reformistischen Arbeiterratsvorsitzenden die Auswahl. Von den neun entlassenen Wädern müssen sechs gehen. Kollegen, es gilt gegen jede Entlassung zu kämpfen. Ihr müßt Sturm laufen gegen einen solchen Betriebsrat, der Hand in Hand mit dem Direktor arbeitet, der die Einberufung einer Belegschaftsversammlung händig sabotiert. Der gemeinsame Kampf aller Belegschaftsmitglieder wird auch in eurem Betrieb den auch euch drohenden Lohnraub und die Entlassungen verhindern.

Herriot besteht auf Versailles!

Der französische Ministerpräsident Herriot hat in seiner Rede am vergangenen Sonntag wieder unterstrichen: Es bleibt beim Versailler Vertrag!

Die faschistische Papen-Schleicher-Regierung erleidet ein außenpolitisches Fiasko nach dem anderen. Mit ihr die Hitler-Partei, die ausdrücklich den Lausanner Pakt begrüßt und für das Nützlichkeitsmemorandum eintritt. Mitverantwortlich ist ebenso die Sozialdemokratie, die die Nützlichkeitsaktion Schleichers unterstützt.

Die kommunistische Partei erklärt den Arbeitern in ihrem Manifest der Einheitsfrontaktion:

„Nicht Militarismus und Aufrüstung führt zur Beseitigung des Versailler Diktats, sondern nur der Freiheitskampf des werktätigen Volkes. Aufrüstung führt nur zur Unterdrückung der arbeitenden Massen im eigenen Lande.“

Wir kämpfen gegen jede Unterdrückung Deutschlands. Wir sind die einzige Partei, die seit 1918 ohne Schwanken den unerbittlichen Kampf für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes und gegen das Diktat von Versailles führt.

Wir Kommunisten sagen es euch, ihr Millionen zum Freiheitskampf gewillte Massen:

Nur eine Arbeiter- und Bauernrepublik, verbündet mit der Sowjetunion, im gemeinsamen Kampfe mit dem arbeitenden Volk Frankreichs, Polens und der Tschechoslowakei, wird alle Tributesseln zerreißen!

inen Pfennig an Reparationen zahlen Die Arbeiter- und Bauern-Regierung wird ke und mit der Ausbeutung der werktätigen Volksmassen durch die in- und ausländischen Räuber endgültig Schluss machen! Die Arbeiter- und Bauern-Regierung verwirklicht allein die proletarische Demokratie.



Der „soziale Freiheitskampf“ der Nazis

RUND UM DEN ERDBALL

„Revolutionäre“ Komödie

Gandhi im Sterben? — Er soll sich sogar von seinen Ziegen losgesagt haben

Komhan, 26. September. Es verlautet, daß Gandhi vollständig erschöpft und im Sterben liege. Der Versuch der Ärzte, ihn künstlich zu ernähren, habe selbsterlöschend gescheitert. Gandhi ist fest entschlossen, der englischen Regierung zum Trost zu sterben.

Die gesamte Weltpresse überflutet sich mit Nachrichten über Gandhi. Was von seinen Anhängern aufgeführt wird, ist eine Tragikomödie im vollsten Sinne des Wortes. Seit Jahr und Tag bilden Gandhi und sein Anhang einen Dam gegen die revolutionäre Bewegung, den stärksten Hilstrupp für den britischen Imperialismus. Als im Frühjahr 1930 die revolutionären Wellen in Indien hochschlugen, verstanden es Gandhi und sein Anhang, die Massen vom revolutionären Kampf durch nichtslagende Satyaktionen und dergleichen abzuhalten. Später setzte sich Gandhi mit den Vertretern des britischen Imperialismus zum Verhandlungstisch. Es ist klar, daß auf diesem Wege nichts herauszuholen ist, daß Gandhis Ziel nur das eine ist, die Massen vom wirklich revolutionären Kampf abzuhalten. Aus diesem Grunde ist Gandhi nicht nur der Heilige des britischen Imperialismus und religiöser Fanatiker, sondern auch der gesamten 2. Internationale, die ihn zum Führer des indischen Volkes kompromittiert.

Nun scheint die Komödie Gandhi den letzten Akt zu spielen. Gandhi ist im Gefängnis in den Hungerstreik getreten. Es wirkt wie ein Witz, wenn man hört, daß Gandhi gerade am Tage, da er in den Hungerstreik getreten ist, ein neues Gebiß geliefert be-

kommen hat. Was soll der Hungerstreik? Wofür kämpft Gandhi? Etwas für die vollständige Befreiung des indischen Volkes vom englischen Imperialismus? Keineswegs. Gandhi will einige Reformen, weil er weiß, daß die revolutionäre Welle in Indien wieder im Aufstieg begriffen ist und hofft so, die revolutionäre Welle zum Stillstand bringen zu können. Aber der britische Imperialismus unter Führung des früheren sozialdemokratischen Führers Macdonald will heute auch keine Scheinkonfession machen. Und so ist Gandhi in den Hungerstreik getreten. Es verlautet, daß mehr als 100 000 Inder, die fanatischsten Anhänger Gandhis, aus Solidarität mit Gandhi in den Hungerstreik getreten sind.

Nun, die er Hungerstreik hat nichts zu bedeuten. In Indien hungern unter der Knute des englischen Imperialismus mehr als 100 Millionen der ausgebeuteten und geknechteten Kolonialsklaven. Sie spielen keine Komödie, sie führen keine Hungerstreiks. Ihr Hunger ist eine notwendige Folge der imperialistischen Methoden. Ob Gandhi stirbt oder im letzten Moment seine Hungerkomödie noch aufgibt: eines ist sicher: er wird die revolutionäre Welle nicht mehr aufhalten können. Gandhis Hungerstreik beunruhigt den britischen Imperialismus nicht. Aber in Indien beginnen sich die wirklich Hungernden, die Millionen Ausgebeuteten zu erheben und dies wird dem britischen Imperialismus den Garaus machen.

An erster Stelle der Hüttenindustrie

Inbetriebnahme neuer Giganten in der Sowjetunion

In einem Gespräch mit einem **WSEIA-Korrespondenten** erklärte der Vorsteher des Kusnezstroi, Genosse Frankfurt:

Wir sehen den ersten Martinofen von den 15 Stufen unserer Martinzeche in Betrieb. Wir geben den ersten Stahl und stellen den zweiten Ofen zum Trocknen und übergeben den dritten und vierten Ofen der Exploitation, montieren den fünften und sechsten Ofen. Die erste Stahlproduktion im Kusnezstroi ist eine große technische Errungenschaft in der UdSSR.

Der Charakter des Baues und die Mechanisierung rücken die Martinzeche des Kusnezstroi an die erste Stelle in der Hüttenindustrie der Welt und machen sie zur vollkommeinsten auf dem Gebiete der modernen Metallurgie.

Die jährliche Leistungsfähigkeit der Zeche beträgt 1 450 000 Tonnen Stahl. Das macht mehr als 200 Waggon Stangenstahl aus. Für diese Zeche werden wir innerhalb und außerhalb des Betriebs 500 000 Tonnen Rohmaterial und andere Materialien liefern müssen.

Im Bau der ersten wie auch in der zweiten Sektion der Martinöfen haben wir schon viel geleistet. Zum 1. September haben wir 95 Prozent der Erdarbeiten, 70 Prozent der Betonarbeiten, 37 Prozent der feuerfesten Legung und 47 Prozent der Montage der Eisenkonstruktionen ausgeführt.

Die montierten und der Exploitation übergebenen Anlagen garantieren vollkommen die Arbeit von sieben Martinöfen. Bei Inbetriebnahme der Zeche verdrängen wir alle Hindernisse zu umgehen, die sich während der Inbetriebnahme der vorigen Aggregate in den Weg legten.

Das Arbeiterkollektiv und das ingenieurtechnische Personal der Martinofenzeche haben wirklich bolschewistisches Tempo und Heroismus in der Arbeit aufgewiesen. In zwei Jahren haben wir es verstanden, den Bau der Martinofenzeche zum wichtigsten Abschnitt des gesamten Bauplans zu machen. Ich halte es für notwendig, die großen Verdienste folgender Genossen hervorzuheben: des Oberingenieurs des Kombinars, des Akademikers Gardin, des ältesten Spezialisten der sibirischen Metallurgie, des Genossen Kairnowski, der energisch die Projektierung der Martinzeche leitete, und des Bauleiters, des Ingenieurs Makarow, der über zwei Jahre, vom Moment der ersten Muldegrabung angefangen und ohne Ab- bruch bis zur Beendigung der Bau- und Montagearbeiten erster Schicht arbeitet. Den technischen Plan und die hohe Qualität der Arbeiten verdanken wir dem Genossen Makarow. Auch der Ingenieur Simoniukin hat große Verdienste aufzuweisen. Mit geringen Ausnahmen wurden alle Eisenkonstruktionen der Martinofenzeche — 40 000 Tonnen — auf der Plattform des Kusnezstroi vom Kollektiv für Eisenmontage fertiggestellt.

Hier müssen auch die großen Verdienste des Leiters der Eisenmontage, des Genossen Subakowitsch, und des Oberingenieurs Visselwitsch erwähnt werden. Endlich muß die schnelle und hochqualifizierte Arbeit des Bahnbauers beim Martinwerk, die Verdienste des Leiters der Eisenmontage, des Genossen Kaktarn und des Ingenieurs Koshonilow unterstrichen werden.

Das Kollektiv des Kusnezstroi Werkes, das in den letzten zwei Jahren große Arbeiten in der Martinzeche durchgeführt hat, wird aber in nächster Zeit noch angestrengter arbeiten müssen, um die zweite Sektion der Martinofenzeche fertigzustellen.

Die Erzeugung des ersten Stahls schon zwei Jahre nach Baubeginn des Werkes wird einer der größten Siege der Sowjetunion sein. Wir sind überzeugt, daß das Kollektiv der Bauarbeiter, Monteure und Exploitationsarbeiter im Kusnezstroi metallurgischen Stillkomfort die vor ihm stehenden Aufgaben erfolgreich lösen wird.

Der nächste Punkt auf der Tagesordnung des Kusnezstroi Werkes ist die Beendigung des metallurgischen Zyklus — die Inbetriebnahme des Walzwerkes.

Professor Piccard über seinen Stratosphärenflug

Büffel, 26. September. Professor Piccard hielt einen Vortrag über die Ergebnisse seines zweiten Stratosphärenfluges, den er von Zürich aus unternommen hatte. Er wies darauf hin, daß die Intensität der kosmischen Strahlen progressiv bis zur Höhe von 14 000 Metern zunimmt, in größerer Höhe aber nicht mehr. Es sei nunmehr auch wissenschaftlich festgestellt, daß die kosmischen Strahlen beim Erreichen der Erde ihre elektromagnetische Wirkung einbüßten. Diese Strahlen seien hart und nicht weich. Ihre Herkunft könne nicht festgestellt werden. Die Strahlen entstammen entweder dem freien Raum zwischen den Himmelskörpern oder der Stratosphäre selbst. In letzterem Falle würde man einer interatomischen Ausstrahlung gegenüberstehen. Diese Hypothese eröffne gewaltige Möglichkeiten für die Erzeugung elektrischer Energie, aber, so schloß Piccard, dies sei zunächst noch ein Traum, wenn auch kein unmöglicher.

Schlagende Wetter

Die Belegschaft der Grube Brestfeld wurde plötzlich aus der Grube abgerufen und ausgefahren. Es hatten sich in der Grube schlagende Wetter gebildet, so daß größte Gefahr für die Untertagearbeiter bestand. Die Mittags- und Nachtschicht durfte nicht mehr einfahren. Bis Dienstag ist die Grube stillgelegt. Inzwischen soll versucht werden, die Wetter abzuleiten.

Sich und seine zwei Kinder getötet

Potsdam, 26. September. Der Musiker Erich Amelungsen ist am Freitag nachmittag mit seinen beiden sechs und acht Jahre alten Söhnen aus dem Leben geschieden. Da er von seiner Familie getrennt und in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen lebte, öffnete er den Gashahn. Auch der Sauerstoffapparat konnte die Familie nicht mehr retten.

Zehn Bauernhöfe niedergebrannt

In Delsach im Gailtal (Kärnten) brannten zehn Häuser ab. Die Ursache konnte bis jetzt nicht geklärt werden. Die von dem Unglück betroffenen Hausbesitzer sind durchweg Kleinbauern und haben durch das Feuer ihre ganze Habe verloren.

Kartoffelbubblertolonne vom Blitz getroffen

Wittenberge, 26. September. In Schmolde (Ostprignitz) schlug der Blitz in eine aus 12 Personen bestehende Kartoffelbubblertolonne ein. Alle 12 Personen wurden betäubt. Während sich die Mehrzahl der Betroffenen langsam wieder erholte, wurde die Arbeiterchefrau Ried und der Besitzersohn Oldenburg getötet. Die beiden Geschwister Jarnikow wurden schwer verletzt in ärztliche Behandlung gebracht. Sie schweben noch in Lebensgefahr.

Eisenbahnunfall in Hamborn

Hamborn, 26. September. Der Personenzug 1948, der zwischen Hamborn und Oberhausen als Pendelzug verkehrt, wurde gestern in Hamborn von einem Unfall betroffen. Als die Maschine des Juges in Hamborn umgekehrt wurde, stieß sie ziemlich hart auf den Zug auf, so daß durch den Anprall einige Reisende in Mitleidenenschaft gezogen wurden. Elf Reisende meldeten sich als verletzt, davon haben acht ihre Reise fortgesetzt, während drei nach der Untersuchung durch den Bahnarzt in ihre Wohnungen geschickt wurden. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Auffindung einer weiblichen Leiche

Im Granetal bei Seesen fanden Pilzsammler im Walde in einer schwer zugänglichen Schonung, etwa 25 Zentimeter im Erdboden vergraben, eine weibliche Leiche. Ein Schuh mit Strumpfen, wahrscheinlich vom Wild freigescharrt, ragte aus dem Waldboden hervor. Man nimmt an, daß es sich um die seit Februar dieses Jahres vermiste 26 Jahre alte Liselotte Hoffmeister, Tochter eines verstorbenen Landwirts aus Seesen, handelt. Den Umständen nach ist anzunehmen, daß Mord vorliegt. Etwa fünf Meter vom Fundort der Leiche entfernt sind Teile von Geschloßhülsen gefunden worden.

Schreck heilt Blindheit

Ein blindgeborenes Kind wurde vor einiger Zeit in das Hospital für Augen- und Ohrenkrankheiten in Melbourne eingeliefert. Auf einstimmiges Urteil der Ärzte hin mußten sich die Eltern jedoch bald mit dem traurigen Bescheid abfinden, das Kind werde auf Lebzeiten blind bleiben. Nach einigen Tagen fing das Kleinkind des blinden Kindes, als es in der Nähe des Küchenherdes zu Hause spielte, plötzlich Feuer. Die Mutter schrie vor Schreck und löschte den Brand kurzerhand dadurch, daß sie ein Gefäß mit Wasser über den Kopf des Kleinen ausleerte. In diesem Augenblick bemerkte sie einen bisher noch nicht festgestellten Ausbruch in den Augen des Kindes. Vor Schreck über die plötzliche kalte Dusche war es — sehend geworden!

Zwei Erfinder getötet

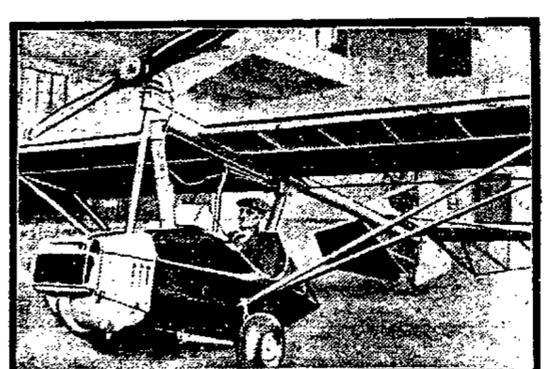
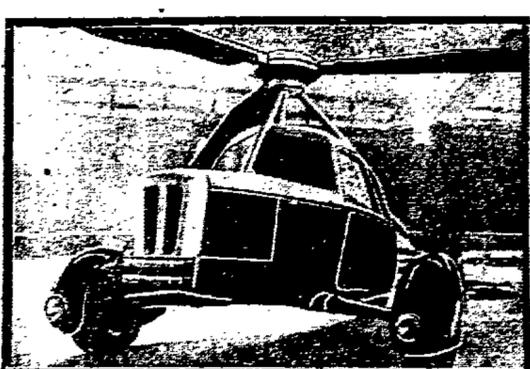
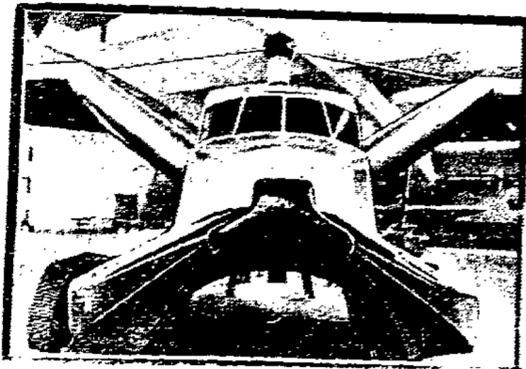
Zur Zeit werden in Budapest Versuche gemacht, einen Kraftwagen durch Luftschrauben vorwärtszutreiben. Man plant also eine Art „Zeppelinauto“. Bei den Versuchen wurde eine Schnelligkeit von 500 Kilometern in der Stunde erreicht. Infolge eines Chassisbruchs erfolgte eine Explosion. Dabei wurden der Ingenieur und der Monteur getötet. Ein weiterer Monteur wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Liebestragödie in Dortmund

In einer Laube auf einem Gartengelände in Dortmund spielte sich eine Liebestragödie ab, der zwei junge Menschen zum Opfer fielen. Der 23jährige Postkassenhelfer Bremer erschoss die 18jährige Margarethe Boedmann mit einem Trommelrevolver. Dann richtete der junge Mann die Waffe gegen sich selbst und brachte sich einen Schuß in den Kopf bei. Er starb kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß die beiden im Evidenzverfahren gehandelt haben.

Verantwortlich: Alfred Brendrich, Berlin

Die interessantesten Flugzeugtypen auf der „Dela“



der großen Deutschen Luftsport-Ausstellung, die in einigen Tagen in Berlin eröffnet wird (von links): das Wochenendamphibium, eine Maschine, die für mehrtägige Familienausflüge bestimmt ist. Dank seiner besonderen Konstruktion kann das Flugzeug auf jedem Gelände niedergehen: für das Land sind Räder, für das Wasser Schwimmer und für Sumpfgelände Raupenkette vorgesehen. Mitte: das fliegende Auto, ein Kabinenflugzeug ohne Tragflächen, denn es wird von Schraubensfüßeln in die Höhe gehoben. Wenn die drei Flügel zusammengeklappt sind, ist das Flugzeug nicht breiter als ein normales Auto, in dem vier Personen Platz finden. Rechts: das Baukastenflugzeug. Aus fertig gelieferten Einzelteilen kann sich jeder nach einer Anweisung ein Motorflugzeug selbst bauen. Motor, Propeller und Benzintank werden fertig geliefert. — Man sieht die ungeheure Entwicklung der Technik, die aber in der kapitalistischen Gesellschaft letzten Endes doch nur den Kriegszwecken dient.

Breslau, den 27. September 1932.

Antikriegsstundgebung in Breslau

Heute, den 27. September, 20 Uhr, im „Vergleiser“, Fleischlau- straße, findet die vom Na-Markell Breslau und angeschlossenen Organisationen veranstaltete gewaltige Antikriegsstundgebung des revolutionären Breslauer Proletariats statt.

Karten sind bei allen revolutionären Organisationen und an der Abendkasse zu haben. Erscheint in Massen! Kämpft gegen das ge- plante neue Völkermorden der imperialistischen Kriegstreiber!

Auch die Pflichtarbeiter müssen für ihre Forderungen kämpfen

(Arbeiterkorrespondenz)

Breslau. Die Firma Matschewski in der Marktstraße 9 hat die Aufträge erhalten, in Weidenhof die Regulierung der Schlammgräben vorzunehmen. Es handelt sich um etwa 2600 Tage- werke, wobei 41 Arbeiter beschäftigt werden.

Als die Kollegen beim Fürsorgeamt diesbezüglich vorbrachten, um Erläuterungen einzufordern, wurden sie dort abgelehnt mit der Begründung, daß das Fürsorgeamt nichts mit der Sache zu tun hätte.

So schuffen heute die Arbeiter, die noch in der „glücklichen“ Lage sind, eine Arbeitsstelle zu haben, bei Hungerlöhnen, reizen ihre letzten Kräfte zum Hange herunter, wie es im vorliegenden Falle ist.

An den dort beschäftigten Kollegen wird es liegen, die vor- handenen Zustände zu ändern. Nur durch energisches Auftreten gegenüber allen denen, die da glauben, ihre Herrschergefühle bei der Arbeiterschaft anbringen zu können, werden die Arbeiter sich ihre Rechte sichern.

Gewerkschaftsbürokratie sabotiert Kampfbefehl

In der letzten Versammlung der Herren- und Damenmächtranche im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband, die am vorigen Montag im Gewerkschaftshaus stattgefunden hat, erfaßte die D h e m a c h e r Bericht über den Stand der Lohnverhandlungen.

Dann wurde eine Kommission gewählt, die örtliche Verhand- lungen mit dem Arbeitgeberverband aufnehmen soll. Auch kam zur Aussprache, daß bereits bei der Firma Petersdorff der Lohn- raub durchgeführt worden sei.

Inzwischen hat, wie wir bereits meldeten, die Belegschaft von Petersdorff einen kühnen Vorstoß unternommen und den ersten Erfolg erzielt. Jetzt gilt es den Kampf weiter fortzuführen bis zum end- gültigen Sieg.

Jungproleten, kämpft mit uns gemeinsam!

Traut du den Kapitalisten und ihren Helfershelfern der SPD, so ist deine Zukunft verloren! Du hast eine Welt zu gewinnen, wenn du dein Leben einsetzt, wenn du Schulter an Schulter mit deinen Eltern kämpfst.

Doch ohne Führung ist der Kampf verloren. Drum organisiere dich im kommunistischen Jugendverband. Du lernst ihn überall kennen. Komme auch du am Donnerstag in die öffentliche Ver- sammlung, welche im Arbeiterheim in der Holteistraße 26, stattfindet.

Freie Esperanto-Bereinigung Breslau. Dienstag, den 27. Sep- tember, um 20 Uhr, im Radioheim, Paradiesstraße 17, Mitglieder- versammlung mit Vortrag. Gäste können einkehrt werden.

Breslauer Metallarbeiter!

Am Mittwoch, dem 28. September, um 20 Uhr, spricht im Zentralbauaal, Beckenstraße, der auch bereits bekannt, im DMB. gemahregelte Generalbevollmächtigte des Niederrhein-Bevellsburg

Walter Oettinghaus

über das Thema:

Gewerkschaft und Notverordnung

Zu dieser Versammlung werden wir Ziegler und alle übrigen Gewerkschaftsfunktionäre des DMB, laden. Jeder von ihnen erhält eine halbe Stunde Redezeit! Deshalb sollte jeder Metallarbeiter von Breslau diese Versammlung besuchen und hören, was sie alle zu sagen haben.

Bezirkskomitee der RSD., Jugendgruppe Metall.

Das Arbeitsamt will streikende Jungarbeiter verhaften lassen

Breslau. Am Sonnabend, morgens um 6 Uhr, hatten sich bereits Beamte des Arbeitsamtes auf den Weg gemacht, um die Polizei gegen die streikenden Jungarbeiter im Kurfürst, Gräbichener Straße, zu hegen.

Nachdem darauf eine Versammlung durchgeführt war, begaben sich alle Jugendlichen auf das Wohlfahrtsamt, um Anträge auf Lebensmittel-Karten zu stellen. Die Herren des Wohlfahrtsamtes waren, wie immer, auf Reizen. (Die Jungproleten müssen dafür Rohldampf schießen.)

Die Vertrauensleute der Streikenden fordern alle Jungarbeiter und alle Jungwerberlosen auf, Delegierte zur Jugend-Delegierten- Konferenz am Freitag, den 30. September, zu entsenden.

Polizei gegen Arbeiterkinder!

Heraus zur Internationalen Kinderwoche!

Ein Arbeiterkind berichtet: Da mein Vater arbeitslos ist, muß ich ein paar Pfennige durch Kabaufpassen am Bachplatz verdienen. Dieses tat ich auch am letzten Sonnabend.

lich viele Arbeiter und -frauen. Sie sagten, die Polizei soll sich nicht um den Terror der Nazi kümmern und soll ein Arbeiterkind nicht daran hindern, sich ein paar Pfennige auf eine Semmel zu verdienen.

So ist es richtig, roter Jungpionier, auch wir werden mit dazu beitragen, daß die Kampffront der drei Generationen geschaffen wird.

Millionen geschenkt

bekommt nicht ihr, sondern die Ausbeuter durch das „Wirts- schafts“-Programm der Kaperregierung. Für euch Jungwerberlose hat man die dazu notwendigen Abfertigungen an euren wenigen Wohlfahrtsgrößen vor- genommen.

Warum wurde Leutnant Scheringer Kommunist

Darüber spricht Genosse M. Thomas, der zur selben Zeit wie Scheringer auf Festung war, am Dienstag, dem 27. September, um 20 Uhr, in der Margittischen Arbeiterschule, Wallstraße 21, III. Eintritt 15 und 10 Pfennig.

Das Jugendamt im Dienste der Jugend

Weil erwerbslose Mutter ihr Kind zurück haben will, muß sie sich „Liebens“-würdigkeiten einer „Bracht“-vollen „Fürsorge“-Schwester anhören

Breslau. Die Deutschen sind gut daran, die haben eine Weimarer Verfassung, die allerdings, mit Ausnahme des § 48, außer Kraft ge- setzt ist. Bei uns Breslauern ist es noch besser, wir haben ein Jugend- amt unter Leitung des sich vom Deutschnationalen zum Nazi um- wandelnden Stadtrates Sablowski.

Statt nun dem Ersuchen der Mutter, ihr Kind zurückzugeben, wurden jetzt erst Ermittlungen angestellt. Als nun die „Fürsorge“- Schwester bemerkte, daß in dieser Wohnung, welche sich in sauberem Zustande befindet, kein Ofen aufgestellt war, wurde von dieser „bracht“-vollen Schwester dies beanstandet.

Welche Frechheiten sich solche „Fürsorge“-Schwestern mitunter gegenüber der Bevölkerung erlauben, geht aus folgendem hervor. Die „Bracht“-volle Schwester äußerte sich folgendermaßen:

Ein Mädchen mit 24 Jahren und schon zwei Kinder, das gibt viel zu denken. Man braucht sich mit einem Manne nicht eher ein- zulassen, als bis man verheiratet ist usw.

Jungprolet!

Du sollst Ketzer des Kapitals werden!

Kämpft mit uns gegen die staatliche „Sport“-bewegung und Arbeitsdienstpflicht.

Heraus zur öffentlichen Jugendversammlung

Breslau, Stadtteil Süd, Scheinig und Rod am 29. September. Streifen und Langenbielen am 30. September. Breslau-Ost am 2. Oktober. Breslau-West am 5. Oktober. Fabelschwert am 7. Oktober. Alle anderen Versammlungen werden noch bekanntgegeben.

Sablowski, nicht nur bekannt wäre, daß in Breslau tausende Kinder kein eigenes Bett besitzen, sondern in einem Bett zu drei, vier und sogar zu fünf schlafen müssen.

An euch Arbeitermüttern liegt es, derartigen Verbrechen der Jugendamtes entgegenzutreten. Dem Leiter derselben, sowie seiner „Fürsorge“-Schwester sollten die Arbeitermütter unmissverständlich auf ihre Provokationen antworten.

Dienstag. — Oh schall — so lang du schallen kannst! Tag mit Schallplatten, als Deckmantel für geistige Programmarmut. Die Bücherstunde unwesentlich — abschalten. — Abends schieflicher Sagen- Nebel, nebst patriotischem Grasschafertisch — abschalten, — dann Tanzabend, wens interessiert. Jon.

Die DMB. und ihre Kunstkritik

Die Kunst geht nach Brot. Das wissen wir lange. Die Kunst der Bourgeoisie ist ebenso bankrott wie ihr Wirtschaftssystem. Wir wissen, daß die Breslauer Oper nur durch übermäßige Aufführung von zum großen Teil leichten und kitschigen Operetten die finanzielle Basis zur Aufführung guter Opern erhält.

Die Kunst geht nach Brot. Das wissen wir lange. Die Kunst der Bourgeoisie ist ebenso bankrott wie ihr Wirtschaftssystem. Wir wissen, daß die Breslauer Oper nur durch übermäßige Aufführung von zum großen Teil leichten und kitschigen Operetten die finanzielle Basis zur Aufführung guter Opern erhält.

Briefkasten. Dem Kampfgenossen von der „Eiferer Front“, der uns vor einigen Tagen eine Notiz hat zukommen lassen, sei hiermit gedankt. Du kannst bei uns ruhig deinen Namen ansprechen, er wird jedesmal unter Redaktionsgeheimnis bleiben.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokale: Adolf Kopolowitsch Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Illustrationen: Albert Koppmann, Breslau. — Verlag: A. Döcker, Berlin. — Druck: A. Döcker, Berlin.

Strombau-Arbeiter rufen zur Einheitsaktion im Betrieb

Gegen jeden Pfennig Lohnraub und alle Anschläge des Unternehmers — Verteidigt mit der Waffe des Streiks das Stückchen Brot für eure Frauen und Kinder

(Betriebsarbeiterkorrespondenz)

Neusalz a. Oder. Die Belegschaft der Firma Schulz, Frau-
schl. Müllg. Oberstrombau, nahm am 23. September in einer
Betriebsversammlung gegen den neuen Lohnraub durch die
Papen-Notverordnung Stellung. Die Belegschaft war restlos in der
Verordnung anwesend. Der Kollege V. sprach ausführlich über die
Unternehmeroffensive, den Lohnraub, der jetzt im ganzen Reich auf
Grund der Notverordnung durchgeführt wird. In zahlreichen Be-
trieben hat die Arbeiterschaft gegen diese Papen-Verordnung Ab-
wehrmaßnahmen getroffen. Sie ist zum Teil in den Streik getreten
und hat in verschiedenen Betrieben den Lohnraub mit der Waffe
des Streiks abgewehrt. Nach den Ausführungen des Kollegen V.
setzte eine rege Diskussion ein. Die Kollegen sprachen sich dahin-
gehend aus, daß sie gewillt sind, im Falle eines Lohnabbaues, sofort
in den Kampf zu treten. Eine Protest- und Kampfesolution wurde
 einstimmig angenommen. Diese hat folgenden Wortlaut:

Die Belegschaft der Firma Schulz, Frau-
schl. Müllg. Oberstrombau, nahm in der Belegschaftsversammlung am
Freitag, den 23. September, zu der Papen-Notverordnung und dem
jetzt schon im ganzen Reich vorgenommenen Lohnraub von 10 bis
zu 30 Prozent und zu der Verringerung der Arbeitszeit auf 30 bis
zu 40 Stunden die Woche, ohne Lohnausgleich, Stellung. Die
Belegschaft nahm Kenntnis von der wachsenden Streikwelle im
ganzen Reich, die zeigt, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, den
schon bestehenden Hungerlohn um ein weiteres gedulbig hin-
zunehmen. Die Belegschaft appelliert an alle Arbeiter von Neusalz
an der Oder und Umgebung:

Sieht nicht passiv, sondern denkt an eure Frauen und Kinder,
denen wir das letzte Stückchen Brot vom Tische nehmen! Ver-
teidigt den Kampf gegen den Lohnraub! Tretet in Streik, wenn die

Unternehmer an euch mit einem Lohnabzug herantreten! Verhindert
den Anschlag, den die Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft ausüben
wird! Kämpft gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen jede Ver-
schlechterung der Tarifverträge, gegen die Kapitalabzehrung, für die
40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!

Kein Pfennig Lohnraub ist möglich, wenn wir in geschlossener
Front den Kampf dagegen aufnehmen. Die Belegschaft der Ober-
strombauarbeiter wird ihre Kampfmaßnahmen zur Verhinderung
gegen jeden Pfennig Lohnraub treffen!

Die Belegschaft der Firma Schulz, Frau-
schl. Müllg. Oberstrombau, Neusalz a. Oder.

Der Auf der Oberstrombauarbeiter von Neusalz muß bei allen
Bauarbeitern an der Oder ein Echo hervorrufen! Betriebsarbeiter,
greift überall den Ruf eurer Kollegen von der Firma Schulz auf.
Wehrt jeden Anschlag der Unternehmer, jeden Pfennig Lohnraub ab.
Treffst, wie die Kollegen in Neusalz, alle Kampfmaßnahmen, wählt
auch in Betriebsversammlungen schon jetzt einen vorbereitenden
Kampfausschuß!

Jeder Bauarbeiter liest
Der Pionier
Beilageorgan der RSD. Industriegruppe Bau
Verlag: ...

Klassenjustiz wütet auch in Eiernitz

Eiernitz. In dem am Montag begonnenen Prozeß wurde Sonn-
abend um 13 Uhr das Urteil verkündet. Die ersten drei Verteidiger
gaben sich alle Mühe zu beweisen, daß ihre Mandanten „wirkliche
Führer“ sind, d. h. daß sie sich während des Kampfes in Neusalz,
diesem „unruhigen Nest“, und überall für „Ruhe und Ordnung“ ein-
gesetzt haben. Rechtsanwalt Lesmer, früher deutscher nationaler
Stadtverordneter, stellte seinem Mandanten Beyer, der im Stadt-
parlament sein Vorsteher war, das beste Zeugnis aus. Er versicherte
sogar so weit, die Ausschreitungen den Kommunisten in die
Schuhe zu schieben. Die größte Gemeinheit war die Behauptung,
Kommunisten hätten sich Dreifachabzeichen besorgt und diese ge-
tragen. Wir weisen dies entschieden zurück und betonen, daß wir stolz
sind, immer und überall den Sowjetstern und das Antifa-
schichtchen zu tragen.

Obwohl in der Beweisaufnahme festgestellt wurde, daß der
Nazisteffen seinen Totschläger gebraucht hat, aber nicht gegen
die, die ihn überfallen haben, sondern gegen einen ahnungslos vorbe-
kommenden Arbeiter, wird „Notwehr“ angenommen und er, trotz
diesem Freispruch hat das Gericht sein wahres Gesicht gezeigt. Unsere
Stellungnahme zu den Sondergerichten im besonderen und der Justiz
im allgemeinen ist gerechtfertigt. Fort mit der Klassen-
justiz! Das Urteil, gegen das sofort protestiert werden muß, lautet
gegen Ufert 7 Monate, Späke 4 Monate, Moser 4 Monate,
Krause 5 Monate, Hauke 6 Monate, Alt 3 Monate, Gold-
schmidt 3 Monate, Eisner 4 Monate Gefängnis. Beyer und
Berger werden freigesprochen.

Nach diesem Urteil fordern wir euch Proleten auf zum Kampf
in der roten Einheitsfront gegen alle Feinde der Arbeiterklasse, be-
sonders aber gegen die Sondergerichtsjustiz. Überall im ganzen
Reich wütet die Justizmaschine als Instrument der herrschenden
Klasse. Hier wird bereits die „legendäre Tätigkeit“ des Sonder-
gerichts am Donnerstag fortgesetzt wegen der Vorfälle in Bunz-
lau, wobei der Reichsbannerkammerad Schreiber von
Faschikentugeln getötet wurde. Kämpft mit in den Reihen der
Roten Hilfe!

Sondergericht Schweidnitz fällt Terrorurteil

Acht Antifaschisten zu 26 Monaten Gefängnis verurteilt

Schweidnitz. Das Sondergericht verhandelte am 23. und 24. Sep-
tember gegen 21 sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter aus
Laasan, Kreis Schweidnitz. Die Anklage lautete gegen alle Ar-
beiter auf Landfriedensbruch. 50 Zeugen, meist Nazimitglieder, waren
eingeladen. Den Vorsitz führte der Landgerichtsdirektor Leo
Mann. Die Anklage vertrat der Staatsanwalt Loderhose.
Verteidiger war Rechtsanwalt Dr. Landsberg. Angeklagt waren
die Arbeiter:

Bürgel (SPD.), Rauer Ernst (SPD.), Schmidt Paul (SPD.),
Jeppmängel (SPD.), Rauer August (SPD.), Bastin (SPD.),
Mische (SPD.), Fiebig (SPD.), Tiede (SPD.), Teichert
(SPD.), Teschner (SPD.), Schmidt Gustav (SPD.), Gaule
Martin (SPD.), Hoffmann Paul (SPD.), Gaule Alfred
(SPD.), Zimmer Alfred (parteilos), Schmidt Fritz (SPD.),
Schaal Alfred (SPD.), Schaal Paul (SPD.), Gluber (SPD.),
Schmidt Richard (SPD.).

In der Anklageschrift wurden die Arbeiter Rauer August
(SPD.) und Bürgel (SPD.) als die „Mädelsführer“ bei Saal-
schlacht bezeichnet, die am 23. Januar 1932 in Laasan bei Saaran-
Kutschunden hat. Am fraglichen Tage fand im Lokal Wallke eine
Reiseversammlung statt, die zur Hälfte von Nazimitgliedern und zur
Hälfte von SPD- und KPD-Arbeitern sowie Parteilofern besucht
war. In dieser Versammlung sprach der Genosse August Rauer
in der Diskussion und widerlegte in sachlicher Weise die Ausführungen
des Nazireferenten. Letzterer hegte in seinem Schlusswort in der ge-
meintlichen Weise gegen die SPD. Er erklärte unter anderem: „Nur
Schweidnitz gehört der SPD an.“ Trotz dieser Provokation
verließ die Versammlung bis zum Schluss ruhig. Am Schluss begann
während einer wüsten Saalischlacht. Während der ganzen Verhandlung
konnte nicht festgestellt werden, von welcher Seite diese Saalischlacht
inszeniert wurde.

Vor Beginn der Zeugenvernehmung stellte der Genosse Rauer
August den Antrag, die Verhandlung vor dem Sondergericht ab-
zusehen, weil der Verfall in Laasan sich vor dem Erlaß der
Sondergerichtsnotverordnung ereignete. Dieser Antrag wurde abge-
lehnt. Als erster Zeuge wurde der Landjäger Heidrich Lo-
renz vernommen. Derselbe versuchte mit allen Mitteln die Ange-
klagten zu belästigen, was ihm jedoch völlig mißlungen ist. Die Ver-
nehmung der Zeugen zeigte so richtig den Klassen-
charakter des Gerichts auf. Als der Vorsitzende merkte, daß
die Aussagen der Nazis widersprechend und mit den Aussagen der
Landjäger nicht in Einklang zu bringen waren, versuchte er diesen
die entsprechenden Worte in den Mund zu legen. Durch ihre Aus-
sagen haben sich die Nazis selbst sehr stark belästigt. Der Genosse
Rauer August meldete sich sofort zum Wort und brandmarkte das
Verhalten des Sondergerichtsvorsitzenden.

Im Verlauf des Tages kam es noch mehrmals zu heftigen
Zusammenstößen zwischen dem Vorsitzenden und dem Ge-
nosse Rauer.

Der Verteidiger der Angeklagten mußte ebenfalls feststellen, daß die
Aussagen der Belästigungszeugen falsch und widersprechend waren.
Die angeklagten Arbeiter erwiesen sich im Laufe der Verhandlung
alle als aufrichtige und disziplinierte Antifaschisten.

Als Zeuge wurde ebenfalls der Eisenbahnassistent
Herr Bartel vernommen. Dieser stellte fest, daß
die Nazis sich bei dem fraglichen Zusammenstoß wie die
Bestien benommen haben.

Er selbst habe, um nicht verprügelt zu werden, durch das Fenster
entfliehen müssen. Als der Vorsitzende des Sondergerichts sich nach
der Parteizugehörigkeit des Herrn Bartel erkundigte, stellte sich
heraus, daß dieser Mitglied des Stahlhelms war. Darüber
war der Vorsitzende sehr erstaunt. Er konnte nicht begreifen, daß
ein Mitglied des Stahlhelms zugunsten der angeklagten Antifaschis-
ten aussagen kann. Schon am ersten Verhandlungstag brach die
gesamte Anklage gegen die antifaschistischen Arbeiter zusammen.

Am zweiten Verhandlungstag wurden noch einige Zeugen ver-
nommen. Der Landjäger Heidrich unternahm erneut einen
Vorstoß gegen die Angeklagten. Während der Zeugenvernehmung
wachte der Genosse Rauer den Vorsitzenden darauf aufmerksam,
daß die Reaktionen während der Verhandlung hinauslaufen. Der
Vorsitzende war darauf gezwungen, bekanntzugeben, daß die Zeugen
während der Verhandlung im Verhandlungsraum zu bleiben haben.
Die Zeugenvernehmung erreichte keine neuen Beweise, auf Grund
deren die Anklage hätte aufrecht erhalten werden können. Auf Grund
dieser Tatsache mußte der Staatsanwalt Loderhose die
Anklage auf Landfriedensbruch fallen lassen, sie lautet jetzt noch auf
einfache Körperverletzung und Waffenschutz. Als Waffen wurden
Fingerringe, Zigaretten, Pfeifhaken und Stuhlbeine bezeichnet. Der
Staatsanwalt stellte folgende Strafanträge: Schmidt Fritz
(SPD.) 6 Monate, Schmidt Richard (SPD.) 5 Monate,
Schaal Alfred (SPD.), Schaal Paul (SPD.), Jepp-
mängel (SPD.) und Fiebig (SPD.) je 4 Monate Gefängnis,
Zimmer Alfred (parteilos), Hoffmann Paul (SPD.) und
Schmidt Paul (SPD.) je 3 Monate Gefängnis, Bürgel

(SPD.) 20 Mark Geldstrafe. Gegen alle übrigen Angeklagten mußte
der Staatsanwalt Freispruch beantragen. In ausführlicher Ver-
teidigungsbrede stellte der Verteidiger Dr. Landsberg fest, daß
Anklage weder auf „Landfriedensbruch“ noch auf „Körperverletzung“
oder „Waffenschutz“ erhoben werden kann. Der Verteidiger be-
antragte für alle Angeklagten Freispruch.

Trotz der haltlosen Anklage gegen die Antifaschisten fällt
das Sondergericht gegen acht Arbeiter das ungeheure Urteil
von 26 Monaten und 2 Wochen Gefängnis.

Es wurden folgende Arbeiter verurteilt: Schmidt Paul 3 Mo-
nate 1 Woche, Jeppmängel 4 Monate, Fiebig 3 Monate
1 Woche, Teichert 3 Monate 1 Woche, Hoffmann Paul
3 Monate, Zimmer Alfred 3 Monate, Schmidt Fritz 3 Mo-
nate 1 Woche, Schmidt Richard 3 Monate 2 Wochen Gefängnis.

In diesem Prozeß war die Anklage gegen die Antifaschisten ver-
urteilt, daß der Staatsanwalt selbst von der ursprünglichen An-
klage auf „Landfriedensbruch“ Abstand nehmen mußte. Um so un-
geheuerlicher ist das gefällte Urteil. Der Verlauf dieser Verhand-
lungen und das Urteil zeigt erneut, daß die Sondergerichtsjustiz nur
gegen die Antifaschisten geschaffen wurde. Die Arbeiterschaft muß
daher gemeinsam den Kampf zur Beseitigung der Sondergerichts-
justiz für die Befreiung der proletarischen Gefangenen weiterführen.
Antwortet auf die Terrorurteile mit dem Eintritt in die Rote Hilfe!

Kollegen der freien Gewerkschaften:

Was hilft euch gegen den Lohnabbau?

Sofortiger Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau — wie die Kommunisten vorschlagen,

oder
Warten auf die „Volksentscheids“-Abstimmung der SPD. — die vielleicht im September 1933 statt-
findet?

Laßt euch nicht in Verwirrung bringen durch das „Volksentscheids“-Manöver der SPD!

In roter Einheitsfront kämpft gegen jeden Lohnabbau!

Einheitsaktion erzwingt Erhöhung der Unterstützung

Erwerbslose von Frau-
stadt erzwingen durch gemeinsamen Kampf außerhalb des Parlaments
Erhöhung und Nachzahlung der Unterstützung, sowie unentgeltliche Abgabe von Milch
für die Kinder

(Erwerbslosenkorrespondenz)

**Frau-
stadt.** Die hiesigen Wohlfahrts-
erwerbslosen erhielten bis-
her immer eine niedrigere Unterstützung als die Erwerbslosen an
manchen anderen Orten. So z. B. erhielt eine Familie mit fünf
Kindern 13,70 Mark. Die Behörde wollte denjenigen, die in städtischen
Wohnungen wohnten und ermittelt wurden, von dieser Hunger-
unterstützung noch die Miete abziehen. Die SPD. ergriff darauf die
Initiative, sie mobilisierte die Erwerbslosen zum Kampf um Er-
höhung der Wohlfahrtsunterstützung. Sofort wurde eine Anzahl Ar-
beiter im Auftrag der Erwerbslosen bei der Behörde vorstellig.

Es gelang, die Unterstützungssätze zu erhöhen, und zwar für
Familien mit fünf Kindern pro Woche auf 15 Mark, für
Familien mit zwei Kindern auf 10,45 Mark.

Mit diesem Ergebnis gaben sich die ausgehungerten Erwerbslosen
jedoch nicht zufrieden. Erneut begaben sich 50 Arbeiter zum Ge-
meindevorstand und forderten Nachzahlung der erhöhten
Unterstützungssätze ab 1. August. Durch den Druck der
hungernden, aber kampfgewillten Erwerbslosen gelang es, auch diese
Forderung durchzusetzen.

Ferner wurde für die Kinder der Wohlfahrts-
erwerbslosen unentgeltliche Abgabe von Milch in den Schulen bewilligt.

Dieser Kampferfolg ist ein glänzendes Beispiel dafür, daß es möglich
ist, in einheitlicher Aktion höhere Unterstützungen zu erkämpfen, den
Forderungen der Erwerbslosen zur Verwirklichung zu verhelfen.

Drei Tage nach der Bewilligung obiger Forderungen der Er-
werbslosen fand eine Stadtverordnetenversammlung statt. Hier zeigte sich
erneut, wie die SPD. vor den Bürgerlichen auf dem Bange kriecht.

Die Wirtschaftstriebe im Steinkohlenrevier

Waldburg. In der Woche vom 12. bis 18. September
betrug die Hochförderung im niederschlesischen Steinkohlenrevier ins-
gesamt 86 721 (in der Vorwoche 87 627) Tonnen, die Kohlerzeugung
insgesamt 15 478 (15 240) Tonnen. Der Gesamtverbrauch (ohne Selbst-
verbrauch und Deputat) belief sich auf 64 421 (65 038) Tonnen, der Ab-
satz nach den Wasserumschlagstellen auf 2110 (5935) Tonnen. Die
Kohlenbestände beliefen sich am Ende der Woche auf 191 321 (190 943)
Tonnen und die Kohlebestände auf 176 858 (176 491) Tonnen.

Vorstoß in Frau- stadt

**Frau-
stadt.** Am 17. September fand in Frau-
stadt eine öffent-
liche Versammlung der SPD. statt, in der über 250 Besucher an-
wesend waren. Der Referent aus Breslau zerpflückte glänzend die
verräterische Politik der SPD. und Nazis. Die Versammlung war
von sämtlichen gegnerischen Parteien besucht. Aber es wagte nicht,
einer, auch nur einen Zwischenruf zu machen. In der Pause wurde
eine Tellerfammlung für die Frauen der ermordeten Arbeiter und
für die politischen Gefangenen durchgeführt und eine Menge Mate-
rial verkauft. Die Sammlung ergab 4,20 Mark. Nach der Versam-
mlung traten noch einige Arbeiter an unsere Genossen heran mit der
Bitte, sie in die Partei aufzunehmen.

Der SPD.-Stadtverordnete Kaiser, selbst hundertprozentiger
Kriegsinvalid, hat um eine höhere Wohlfahrtsunterstützung. Wäh-
rend sich die Vertreter der SPD. auf das Bitten verlegten, hatte
die SPD. schon längst die Erwerbslosen mobilisiert und im außer-
parlamentarischen Kampf die Forderungen der Erwerbslosen durch-
gesetzt. Nach dieser Sitzung fanden rege Diskussionen statt. Die
Nazis wurden gefragt, wo sie denn ihre Forderungen für die Er-
werbslosen haben. Darauf erklärten diese: „Die Stadt hat kein
Geld.“ Die bisherigen Anhänger der Nazis waren über diese Stel-
lungnahme sehr empört. Die diskutierende Menschenmenge wurde
immer größer. Auf allen Seiten mußte man den Kommunisten, die
mutig und entschlossen für die Interessen der Hungernden eintreten,
recht geben. Als immer mehr Erwerbslose dazu kamen, erschien plötz-
lich die Polizei und schlug auf die Massen mit dem Gummiknüppel
ein. Das wird die Erwerbslosen nicht abhalten, auch weiterhin den
Kampf gegen Hunger und Not, für den Sozialismus durch gemein-
same Aktionen außerhalb des Parlaments auch mit den Betriebs-
arbeitern zu führen.

Warnung vor einem Parteischädling

Goldberg. Wir warnen vor dem früheren Parteimitglied Paul
Döring-Goldberg. Selbiger hat das Vertrauen der Ortsgruppe
in gemeinsamer Weise mißbraucht. Am 20. September verschwand plötz-
lich Döring mit einem jungen Mädchen unter Mitnahme von Parteigeldern.
Außerdem ist er noch im Besitze des Mitgliedsbuches. Sollte
Döring versuchen, bei den Ortsgruppen vorzusprechen, so bitten wir,
ihm das Mitgliedsbuch abzunehmen und an die SPD. weiterzuleiten.